

Nordrhein-Westfalen Landtag intern 2



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 22. Jahrgang, 11. Wahlperiode, 29. 1. 1991

WORT UND WIDERWORT

Wie kann der Pflegedienst für alte Menschen neu organisiert werden?

Die bisherige Trennung von Wohnen und Pflege sei überholt. Von daher sei vorgesehen, bestehende Altenwohnheime in kombinierte Wohn- und Pflegeeinrichtungen umzuwandeln. Darüber hinaus sollten in den nächsten Jahren die Altenpflegeeinrichtungen erheblich ausgebaut werden. In den nächsten zehn Jahren würden rund 32 000 Altenpflegeplätze neu geschaffen. Darauf verweist die SPD-Abgeordnete **Anne Garbe**. Der CDU-Abgeordnete **Hermann-Josef Arentz** erklärt, für die Tagespflege von rund 600 000 Menschen über 80 Jahre stünden in Nordrhein-Westfalen zur Zeit nur rund 200 Plätze zur Verfügung. Zur Entlastung der pflegenden Familien sei ein bedarfsgerechter Ausbau dringend erforderlich. Ein besonderer Skandal sei die Lage der stationären Pflegeeinrichtungen. Die Wartezeiten für alte Menschen lägen im Land Nordrhein-Westfalen heute bei zwölf Jahren. Der F.D.P.-Abgeordnete **Heinz Lanfermann** betont, die steigende Zahl der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen werde das soziale Netz vor so hohe Anforderungen stellen, daß alle Vorteile einer sinnvollen Arbeitsteilung genutzt werden müßten. Dazu trage auch ein regelmäßiger Informationsaustausch unter den Diensten bei. Dabei werde die Pluralität der Pflegedienste, Helfer und Träger bejaht und gefördert. Der GRÜNEN-Abgeordnete **Daniel Kreutz** vertritt die Ansicht, Altenpflege müsse die Fähigkeiten und Kompetenzen älterer Menschen reaktivieren. Das setze eine Qualifizierung des Pflegepersonals, aber auch eine stärkere Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen und Pflegedienste voraus. Der Wunsch alter Menschen, zu Hause und nicht in einem Anstalts- oder Krankenhausbetrieb zu sterben, müsse durch eine häusliche Sterbebegleitung aufgegriffen werden. (Seite 2)

Golfkrieg bewegt Schüler und Lehrer im Lande Demonstrationsrecht und Schulpflicht

Die zahlreichen Demonstrationen, auf denen landesweit Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer ihre Angst und Sorge über den Ausbruch des Golfkriegs artikulierten, haben zu einem parlamentarischen Nachspiel geführt.

In der Fragestunde des Landtags machte Kultusminister Hans Schwier (SPD) in seiner Antwort auf die Dringliche Anfrage von Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) deutlich, daß die Schulaufsicht die spontanen Demonstrationen am 16. und 17. Januar nicht als unentschuldigtes Fernbleiben der Schüler vom Unterricht gewertet habe; die Lehrerinnen und Lehrer, die daran teilgenommen haben, sollten nicht disziplinarisch belangt werden. In einer Erklärung am 19. Januar habe er dann aber an die rechtliche Ausgangslage erinnert und festgestellt, „daß ab sofort wieder normaler Unterrichtsbetrieb herrscht“, der Golfkrieg könne und solle von den Lehrerinnen und Lehrern in den sich dafür anbietenden Fächern besprochen werden. Ein generelles Unterrichtsfrei für die Teilnahme an Demonstrationen habe und werde es nicht geben; bei allem Verständnis für das Anliegen habe er die Betroffenen aufge-

fordert, „von ihrem Demonstrationsrecht außerhalb der Unterrichtszeit Gebrauch zu machen“. Zur vordringlichen Aufgabe der Schule gehöre es, Unterricht zu erteilen und Schüler müßten am Unterricht teilnehmen.



Zeichnung: Klaus Pielert (WAZ)

Die Woche im Landtag

Waffengeschäfte

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat in einer Regierungserklärung Waffengeschäfte mit dem Irak und anderen Ländern außerhalb des NATO-Gebietes scharf verurteilt. (Seite 3)

Flüchtlinge

Das Landesparlament hat das Flüchtlingsaufnahmegesetz geändert. Danach sollen ländliche Gemeinden stärker mit Flüchtlingen belastet werden. (Seite 5)

Einheit

Über den Beitrag Nordrhein-Westfalens zur Finanzierung der deutschen Einheit ist es nach einer Regierungserklärung zu heftigen Kontroversen gekommen. (Seite 6)

Schweigeminute

Der Landtag hat einen Tag nach dem Ausbruch des Krieges in der Golfregion in einer Schweigeminute aller Betroffenen gedacht. (Seite 10)

Kommunalfinanzen

Über Finanzprobleme der größten kreisangehörigen Stadt und des größten Kreises in NRW informierte sich der Haushalts- und Finanzausschuß in Schmallenberg. (Seite 13)

Frauenhäuser

Fördermittel für fünf neue Frauenhäuser sind im Haushalt der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann vorgesehen. (Seite 14)

WORT UND WIDERWORT

Bisherige Trennung von Wohnen und Pflege ist überholt

Von
Anne Garbe

Der größte Teil der älteren Menschen in unserer Gesellschaft lebt heute selbständig und ist nicht auf fremde Hilfe angewiesen. Selbständigkeit für alte Menschen zu erhalten, ist vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Altenpolitik.

Die Landesregierung hat im Dezember 1990 den 2. Landesaltenplan vorgestellt, mit dem die Schwerpunkte der Altenpolitik in Nordrhein-Westfalen für die nächsten Jahre festgelegt wurden. Dies betrifft auch Verbesserungen des Pflegedienstes für alte Menschen.

Damit alte Menschen auch im Pflegefall so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können, sollen ambulante Hilfen ausgebaut werden. Dies betrifft Sozialstationen, Gemeinde-, Kranken- und Altenpflegedienste.

Im Bereich der Sozialstationen soll der Pflegeschlüssel für die häusliche Altenpflege verbessert werden. Bisher wurde für 5000 Einwohner eine Pflegefachkraft zur Verfügung gestellt, zukünftig soll dies schon bei 2500 Einwohnern der Fall sein.

Von
Hermann-Josef Arentz

Obwohl sich die Zahl der Hochbetagten in NRW allein in den letzten zehn Jahren um 50 Prozent erhöht hat, hat die Landesregierung beim bedarfsgerechten Ausbau der Sozialstationen, der Tages- und Kurzzeitpflegeplätze sowie der stationäre Pflegeeinrichtungen auf der ganzen Linie versagt. Seit Jahren fördert das Land in den Sozialstationen nur eine Pflegefachkraft auf 5000 Einwohner. Das ist ein sozialpolitisch unverantwortlicher Schlag gegen die zu Hause pflegenden Familien. Erforderlich ist in einem ersten Schritt mindestens eine Verbesserung des Personalschlüssels um ein Drittel auf 1:3500.

Für die Tagespflege von rund 600000 Menschen über 80 Jahre stehen in Nordrhein-Westfalen zur Zeit nur rund 200 Plätze zur Verfügung. Zur Entlastung der pflegenden Familien ist ein bedarfsgerechter Ausbau dringend erforderlich. Ähnlich ist die Situation im Bereich der Kurzzeitpflegeplätze. Lange Wartelisten zeugen davon, daß der Bedarf hier bei weitem noch nicht gedeckt ist. Das Gesundheitsreformgesetz

Von
Heinz Lanfermann

Um einen funktionierenden Pflegedienst für alte Menschen zu gewährleisten, ist ein gut koordiniertes soziales Netz an nachbarschaftlicher, ehrenamtlicher und professioneller Unterstützung notwendig. Dieses Angebot muß es möglichst vielen alten Menschen ermöglichen, in der eigenen Wohnung ein menschenwürdiges Leben zu führen und eine freie und sachgerechte Auswahlentscheidung über die richtige Hilfe zu treffen.

Die gesundheitspflegerischen, hauswirtschaftlichen und sozialen Hilfsangebote im Rahmen einer ambulanten Altenhilfe müssen sich auf die spezifische Lebenssituation des einzelnen älteren Menschen ausrichten. Oft gibt es bei den Betroffenen aber auch Hemmschwellen, fremde Hilfe anzunehmen. In einer solchen Entscheidungssituation fehlt es den alten Menschen zumeist an genauer Information über den Umfang sozialer Dienste. Dieses Informationsdefizit muß abgebaut werden. Unsere älteren Mitbürger

Von
Daniel Kreutz

1.) Die Kapazitäten der ambulanten Pflegedienste müssen um ein Vielfaches erweitert werden. Gemessen am Bedarf ist das bisherige Angebot völlig unzureichend. Insbesondere bei den Leistungen, die über eine kurzzeitige Grund- und Behandlungspflege hinausgehen, von hauswirtschaftlichen Hilfen über Kommunikationshilfen bis zu Rehabilitationsangeboten oder Sterbebegleitung, bestehen erhebliche Defizite. Fachverbände und Selbstorganisationen schätzen, daß der Bedarf drei- bis vierfach größer als das Angebot ist.

2.) Altenpflege muß die Fähigkeiten und Kompetenzen älterer Menschen reaktivieren. Das setzt eine Qualifizierung des Pflegepersonals, aber auch eine stärkere Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen und Pflegedienste voraus. Der Wunsch alter Menschen, zu Hause und nicht in einem Anstalts- oder Krankenhausbetrieb zu sterben, muß durch eine häusliche Sterbebegleitung aufgegriffen werden.

3.) Zur Absicherung der Pflege ist ein Bundesleistungsgesetz not-

SPD: So lange wie möglich in gewohnter Umgebung leben

Die Förderung von Tagespflegeplätzen und Kurzzeitpflegeplätzen soll verstärkt werden. Diese Form der zeitweiligen Pflegeunterbringung soll vor allem pflegenden Familienmitgliedern Erholungs- und Urlaubszeiten ermöglichen.

Die bisherige Trennung von Wohnen und Pflege ist überholt. Von daher ist vorgesehen, bestehende Altenwohnheime in kombinierte Wohn- und Pflegeeinrichtungen umzuwandeln. Darüber hinaus sollten in den nächsten Jahren die Altenpflegeeinrichtungen erheblich ausgebaut werden. In den nächsten zehn Jahren sollen rund 32000 Altenpflegeplätze neu geschaffen werden.

Zur Verbesserung des Pflegedienstes gehört auch der Abbau des Mangels an qualifiziertem Pflegepersonal. Hier ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen vorgesehen, zum Beispiel eine Ausbildungsvergütung im Altenpflegeberuf oder Fortbildungsveranstaltungen für Ehrenamtliche und Hauptberufliche.

CDU: Sofortprogramm dringend erforderlich

hat wichtige finanzielle Voraussetzungen zur Förderung der häuslichen Pflege geschaffen. Die Landesregierung in NRW muß jetzt endlich darauf reagieren und in einem Sofortprogramm die erforderlichen Sozialdienste so ausbauen, daß die pflegebedürftigen Menschen in der Lage sind, die gewünschten Pflegeleistungen in Anspruch zu nehmen. Ein besonderer Skandal ist die Lage der stationären Pflegeeinrichtungen. Die Wartezeiten für die dringend notwendige Einrichtung neuer Plätze für alte Menschen liegen in NRW heute bei zwölf Jahren. Bis heute hat die Landesregierung kein Konzept, um ambulante, teilstationäre und stationäre Einrichtungen miteinander zu verzahnen und bedarfsgerecht auszubauen. Notwendig ist darüber hinaus eine konzentrierte Aktion um qualifiziertes Personal für die Pflegeberufe zu gewinnen. Dazu muß endlich die CDU-Forderung verwirklicht werden, für die Altenpflegeschüler/innen eine Ausbildungsvergütung einzuführen.

F.D.P.: Information und Koordination notwendig

brauchen einen umfassenden Überblick über alle Anbieter von Pflegediensten, bevor sie akut von der Pflegebedürftigkeit betroffen sind.

Wichtig ist daher auch der Ausbau der persönlichen Beratung der älteren Menschen. Die steigende Zahl der hilfe- und pflegebedürftigen Menschen wird das soziale Netz vor so hohe Anforderungen stellen, daß alle Vorteile einer sinnvollen Arbeitsteilung genutzt werden müssen. Dazu trägt auch ein regelmäßiger Informationsaustausch unter den Diensten bei. Dabei wird die Pluralität der Pflegedienste, Helfer und Träger bejaht und gefördert. Sie darf aber nicht dazu führen, daß die Dienste für sich separat und konkurrierend arbeiten. Im Rahmen einer effektiven Arbeitsteilung müssen die verschiedenen notwendigen Unterstützungsleistungen auf lokaler Ebene koordiniert werden. So kann in jeder Gemeinde ein bedarfsgerechtes Hilfsnetz entstehen.

DIE GRÜNEN: Bisheriges Angebot unzureichend

wendig, das den Betroffenen eine Wahlfreiheit über ihr Leben im Alter bzw. bei Pflegebedürftigkeit gibt und außerstationäre Hilfen und Betreuungsformen fördert. Die gegenwärtigen Leistungen für ambulante Hilfen setzen im wesentlichen auf die Ausbeutung von Zivildienstleistenden oder schlecht bezahlten Laienhelferinnen. Dies muß durch eine Festbetreuung durch tariflich entlohntes Personal ersetzt werden. Häusliche Hilfen durch Angehörige können die Betreuung sinnvoll ergänzen, aber davon darf das Recht alter Menschen, im gewohnten Lebensumfeld zu bleiben, nicht abhängen. Eine Neuorganisation des Pflegedienstes kann nur dann umgesetzt werden, wenn zugleich der Personalnotstand behoben wird.

Notwendig dazu sind eine deutliche Anhebung der tariflichen Entlohnung, ein verbesserter Personalschlüssel, eine angemessene Ausbildungsvergütung und verbesserte Weiterbildungsmöglichkeiten für Altenpflegerinnen und Altenpfleger.

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten — Fraktionen verurteilen Waffengeschäfte Krieg am Golf ist Mahnung an reiche Länder des Westens



Große Sorgen bei allen Fraktionen: v.l. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen, SPD-Fraktionsvorsitzender Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde sowie Grünen-Fraktionssprecherin Bärbel Höhn. Fotos: Schüler

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hat in einer Regierungserklärung am 23. Januar im Landtag deutsche Waffengeschäfte mit Irak und anderen Ländern außerhalb des NATO-Bereichs scharf verurteilt. Rigoros müßten alle rechtlichen Möglichkeiten genutzt werden. Rau forderte, ein Herstellungs- und Verbreitungsverbot für atomare, biologische und chemische Waffen im Grundgesetz zu verankern. Unternehmen, die gegen gesetzliche Bestimmungen verstießen, sollten dauerhaft von der Wirtschaftsförderung und von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Gegen die Verantwortlichen müßten außerdem Berufsverbote möglich sein. Der Regierungschef befürwortete ferner, Gewinne aus illegalen Waffengeschäften vollständig abzuschöpfen. Die Oppositionsfraktionen von CDU und F.D.P. forderten, voll zur Bündnispflicht in der NATO zu stehen. CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen empfahl einen Marshall-Plan für den Nahen Osten nach Beendigung des Krieges. F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde betonte, nicht Amerika kämpfe gegen den Irak, sondern die internationale Völkergemeinschaft. Die Fraktionssprecherin der Grünen, Bärbel Höhn, verurteilte den Einsatz von Gewalt. SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann unterstützte den Vorschlag einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten mit dem Ziel der Abrüstung in dieser Region.

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sagte, das Jahr 1990 sei ein Jahr der Hoffnung für uns Deutsche, für alle Europäer und über Europa hinaus gewesen. Im Sommer 1990 habe mit dem Überfall des Irak auf Kuwait ein Krieg im Nahen Osten begonnen. Daraus sei zu Beginn des neuen Jahres ein Krieg zwischen dem Irak und der Allianz der Vereinten Nationen geworden. „Jetzt beherrschen die Welt Bilder von Raketen- und Bombenangriffen“, unterstrich Rau. Zeitgleich, weniger beachtet, aber dennoch genauso bedrückend sei, daß in der Sowjetunion militärische Gewalt eingesetzt werde, um ein Imperium zusammenzuhalten, von dem auch der sowjetische Staatspräsident Gorbatschow wissen müsse, daß es in der bisherigen Form nicht bleiben werde. Das Jahr 1990 habe vertragliche Vereinbarungen über Abrüstung und konkrete Abrüstungsmaßnahmen gebracht. West und Ost hätten sich zu einer Sicherheitspartnerschaft bekannt und den kalten Krieg für beendet erklärt. Das Ende des Rüstungswettlaufs habe weltweit Hoffnungen geweckt. „Soll das alles nur ein schöner Traum gewesen sein, eine Fata Morgana, ein Trugbild?“ fragte der Ministerpräsident. Seit einer Woche richteten im Nahen Osten die modernsten Waffen, die je in einem Krieg eingesetzt worden seien, Zerstörung und menschliches Leid an. Die militärisch Verantwortlichen sagten, daß man erst am Anfang stehe und der Krieg lange dauern könne. Rau betonte: „Die ganze Welt weiß, und niemand darf es verschweigen: Am Anfang der Gewalt und am Anfang des Krieges stehen der Überfall und die Annektion von Kuwait durch den Irak und dessen wie-

derholte Weigerung, der einstimmigen Aufforderung der Vereinten Nationen zu folgen, bedingungslos alle Truppen aus Kuwait abzuziehen.“ So erfolglos alle Appelle an den irakischen Herrscher bisher waren, so fordern wir ihn heute dennoch auf, seine Truppen sofort aus Kuwait zurückzuziehen, Raketenangriffe auf das nicht am Konflikt beteiligte Israel und auf Saudi-Arabien einzustellen und Kriegsgefangene menschenwürdig zu behandeln“, betonte der Ministerpräsident. Selten sei die völkerrechtliche Lage bei einem internationalen Konflikt so eindeutig gewesen. Unterschiedliche Auffassungen gebe es nicht darüber, ob dem irakischen Diktator Einhalt geboten werden müsse, sondern ausschließlich darüber, wie das möglichst schnell und wirkungsvoll erreicht werden könne. In diesen Zusammenhang gehöre auch die Diskussion über den Bündnisfall. Es könne und dürfe keinen Zweifel geben, daß die Bundesrepublik zu den Verpflichtungen stehe, die sie im Rahmen des NATO-Vertrages eingegangen sei. Zu diesen Verpflichtungen gehöre es, alles zu tun, damit aus einem schrecklichen, regionalen Konflikt kein Flächenbrand entstehe, und die NATO nicht in den Krieg am Golf hineingezogen werde. Man erwarte, daß die Bundesregierung auch im Bündnisfall ihre Entscheidungen nicht am Deutschen Bundestag vorbei treffen werde. Zu den Demonstrationen sagte Rau, er freue sich zu der Parteinahme für den Frieden. Er halte Kritik an der Politik der Vereinten Nationen aber für falsch. In seiner Rede meinte Rau ferner, die Resolutionen des Weltsicherheitsrates zur irakischen Aggression in Kuwait fänden „unser aller Unterstüt-

zung“. Aber der Krieg am Golf sei auch eine schreckliche Mahnung an die reichen Länder des Westens, ihre Politik in wichtigen Bereichen zu korrigieren. Zur historischen Wahrheit gehöre, daß der irakische Präsident Saddam Hussein andere Staaten nur habe angreifen können, weil auch deutsche Unternehmen mit dem Verkauf moderner Massenvernichtungsmittel und Waffensysteme blutige Geschäfte gemacht hätten. „Ich empfinde Scham, wenn ich sehe, daß sich die Menschen in Israel heute mit Gasmasken gegen angedrohte Gasangriffe Iraks schützen müssen, während ich vermuten muß, daß deutsche Firmen am Aufbau dieser Giftgaskapazitäten maßgeblich beteiligt waren“, betonte der Regierungschef. Die Landesregierung halte es für notwendig, jetzt rigoros alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um Geschäfte mit dem Tod zu verhindern.

Rau äußerte sich weiter zu Konflikten im Osten. Was in den vergangenen Tagen in Wilna und Riga geschehen sei, gebe Anlaß zu großer Sorge. Das Streben nach Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung dürfe nicht unterdrückt werden. Wörtlich sagte Rau: „Ich appelliere an die sowjetische Führung: Zerstören Sie nicht in wenigen Wochen, was Sie in den letzten Jahren mühsam aufgebaut haben. Lassen Sie nicht zu, daß Perestroika und Glasnost zu einer bloßen Episode der Weltgeschichte werden. Setzen Sie auf Verhandlungen und Dialog.“

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, machte deutlich, daß der „Aggressor Saddam die alleinige Verantwortung für die derzeitige Situation und ihre Folgen“

trage. Für die von ihm begangenen Kriegsverbrechen muß „dieser offensichtlich Wahnsinnige persönlich vor ein internationales Kriegsgericht gestellt werden“. Die Forderungen des UN-Sicherheitsrates nach vollständigem Abzug der irakischen Truppen und nach Wiederherstellung der vollen Souveränität Kuwaits seien rechtens und nach wie vor aufrechtzuerhalten. Allein diesem Ziel diene die Anwendung militärischer Gewalt, dabei sei festzuhalten, daß es sich nicht um einen Krieg der USA gegen den Irak handele. Neben der Befreiung Kuwaits und der Wiederherstellung des Friedens in dieser Region müsse die Welt verhindern, „daß sich der unberechenbare Saddam Hussein ein Arsenal von Atombomben und noch mehr chemischen und biologischen Waffen anlegt, mit dem er die ganze Welt auf eine Weise erpressen kann, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt“.

Deutschland habe alle Resolutionen des Sicherheitsrats mitgetragen, diesem Konsens dürfe es sich nicht entziehen. Das nämlich wäre eine „verantwortungslose Politik, Verrat an unseren Verbündeten und gegenüber den friedlichen Völkern dieser Welt, die vierzig Jahre lang uns Sicherheit gewährleistet haben“. Die Deutschen müßten ihre Verantwortung für Frieden und Freiheit erkennen und danach handeln. Die CDU-Fraktion bekenne sich zu dieser Verantwortung, erklärte der Fraktionsvorsitzende und hielt dem Ministerpräsidenten vor, er, Linssen, hätte von ihm einen klareren Aufruf zur Solidarität mit unseren Freunden und Bündnispartnern gewünscht, ein klareres Wort zum wachsenden Antiamerikanismus im Lande sowie „ein klares Wort zu der Tatsache, daß die Soldaten unserer Verbündeten auch für uns ihr Leben riskieren.“ Die deutsche Souveränität bringe nicht nur Rechte, sondern auch Verpflichtungen mit sich, etwa die Teilnahme deutscher Soldaten an militärischen Aktionen der UNO.

Der Fraktionsvorsitzende unterstrich zudem die besondere, historisch geprägte Verantwortung Deutschland gegenüber Israel, darum müsse unsererseits der Einsatz der multinationalen Streitkräfte gegen den Irak unterstützt werden. „Nach der hoffentlich baldigen Beendigung des Krieges muß im Rahmen einer umfassenden Friedensordnung das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes genauso uneingeschränkte Anerkennung finden wie die Existenz und Sicherheit aller Staaten des Nahen Ostens, einschließlich Israels“. Zu den Rüstungsexporten in den Irak, an denen deutsche Firmen beteiligt waren, bemerkte der Sprecher, daß es seit 1969 keine legalen Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik mehr gebe. Die Rüstungs- und Exportgesetze seien verschärft worden; problematisch seien hingegen Überwachung und strafrechtliche Verfolgung; das Strafmaß müsse drastisch erhöht werden.

Linssen unterstrich die Solidarität mit den Menschen im Baltikum; durch die Anwendung militärischer Gewalt dort werde das Vertrauen in die Reformpolitik erschüttert. Aber: „Mit Panzern läßt sich das Streben der Völker nach Demokratie, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit auf Dauer nicht unterdrücken.“ Es sei das Verdienst von Helmut Kohl, bei der historischen Chance der deutschen Vereinigung rasch gehandelt zu haben, denn die Geschichte mache ihre Angebote nicht zweimal, schloß der CDU-Fraktionsvorsitzende.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, faßte die Haltung der Sozialdemokraten zum Golfkrieg in vier Punkten zusammen: Die SPD stehe auf seiten der Alliierten und der Vereinten Nationen, der Krieg am Golf müsse so schnell wie möglich beendet werden, die irakischen Truppen müßten die Resolution des Weltsicherheitsrats befolgen und Kuwait räumen, „nach der Beendigung des Krieges muß eine Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit aller Staaten im Nahen und Mittleren Osten mit dem Ziel der Abrüstung einberufen werden“. Ziel dieser Konferenz nach einem Vorschlag von Willy Brandt sei es, in dieser Region eine Frieden- und Entspannungsprozeß einzuleiten. Der Sprecher betonte, seine Partei stehe hinter der Reso-



Mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ist die CDU-Landtagsabgeordnete Otti Hüls aus Ibbenbüren ausgezeichnet worden. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. Die Präsidentin erklärte in ihrer Laudatio, als Vorsitzende des Präsidiums des Landtags habe sie mit besonderer Genugtuung registriert, daß mit Frau Hüls inzwischen das dritte Mitglied dieses Gremiums mit einem Orden während ihrer Amtszeit ausgezeichnet werde. „Ich meine, daß dadurch in besonderem Maße die parlamentarische Bedeutung dieses Gremiums unterstrichen wird“, sagte Frau Friebe. Sie wies darauf hin, daß die Abgeordnete Hüls seit 1985 dem Landtag angehöre. Die Schwerpunkte ihrer parlamentarischen Arbeit drückten sich in der Mitgliedschaft im Ausschuß für Jugend und Familie sowie im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales aus. Große Verdienste habe sie sich auch im Bereich der Kommunalpolitik erworben.

Foto: Schüler

lution des UN-Sicherheitsrats und zog aus den Ereignissen des Jahres 1938 den Schluß, „eine Welt, die den Frieden will, darf einem machthungrigen Diktator nicht gestatten, einen Nachbarn mit Gewalt zu unterwerfen. Wer den Frieden um jeden Preis will, läuft Gefahr, ihn gerade dadurch zu gefährden“, denn Duldung des Unrechts lade zur Fortdauer und zur Wiederholung des Unrechts ein. „Eine weiße Binde als Zeichen der Kapitulation vor dem Unrecht kann ich nicht akzeptieren“, führte Farthmann unter Beifall aus. Im Kampf gegen die Aggression Saddams hätten die Amerikaner die Hauptlast übernommen, „das verdient unsere Anerkennung und unsere Unterstützung“. Zwar stehe die SPD an der Seite der

Mitbürger, die in friedlichen Demonstrationen und Kundgebungen, in Mahnwachen und Gebeten ihre Sorge vor einer weiteren Eskalation der Kriegshandlungen zum Ausdruck brächten („Wir alle empfinden Sorge und Trauer um den gebrochenen Frieden“), aber in die Proteste gegen den Golfkrieg habe sich ein „falscher Ton eingeschlichen, den wir nicht unwidersprochen lassen dürfen“, etwa bei den antiamerikanischen und antiisraelischen Tendenzen, die sichtbar geworden seien. In diesem Zusammenhang lobte Farthmann ausdrücklich die besonnene Haltung der israelischen Regierung mit ihrem Verzicht auf Gegenschläge und verurteilte mit aller Schärfe die terroristischen völkerrechtswidrigen und unmenschlichen Raketenanschläge des Irak auf die israelische Zivilbevölkerung. „Schmerzlich und beschämend“ sei festzustellen, daß deutsche Unternehmen den Irak „mit zum Teil krimineller Energie“ in den Stand versetzt haben, Giftgas zu produzieren, andere Massenvernichtungsmittel zu erlangen und die Voraussetzung für die Produktion atomarer Waffen zu schaffen. Das gesetzliche Instrumentarium zur Begrenzung von Waffenexporten habe versagt, stellte Farthmann fest und verlangte ein generelles Verbot von Waffenexporten in Länder außerhalb der NATO und strengste Bestrafung derer, die sich darüber hinwegsetzten. Mit Blick auf das Baltikum bezeichnete er das Streben der baltischen Republiken nach Selbstbestimmung als voll gerechtfertigt. Der Einsatz von Panzern sei durch nichts gerechtfertigt, es sei ein Rückgriff auf die alten undemokratischen Methoden Stalins und Breschnevs. Dennoch sprach er sich gegen den Stopp der humanitären Hilfe aus: Die Menschen in der Sowjetunion dürften nicht für die Fehler ihrer politischen Führung bestraft werden. Farthmann rief zu einer friedlichen Lösung der Fragen auf.

Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, sagte, die Verantwortung trage allein der Irak, der bis jetzt nicht aus Kuwait abgezogen sei. Alle wären für ein schnelles Ende des Krieges, wir als verlässliche Partner der USA. 40 Jahre Frieden und Wohlstand seien nur durch das Bündnis mit den USA, England und Frankreich möglich gewesen. Ein großer Erfolg wäre die Stärkung der UNO. Nicht Amerika kämpfe gegen den Islam, sondern die internationale Völkergemeinschaft gegen einen Tyrannen, der das Völkerrecht mit Füßen trete. Ein Angriff auf die territoriale Integrität der Türkei sei der Bündnisfall. Lafontaine habe nie gelernt, Verantwortung zu übernehmen, weder in der SPD noch im Bündnis mit der NATO. Er hänge populistischen Sehnsüchten nach und begreife nichts. Kohl und Genscher hätten mit der schnellen Wiedervereinigung das Notwendigste begriffen. Darüber könnten wir nur froh sein. Die Bonner Koalitionsbeschlüsse und die Krämerperspektive der SPD bei den Kosten der Einheit begeisterten nicht. Fehler seien gemacht worden auch vor dem Krieg. Wir hätten jedoch der UNO-Resolution zugestimmt, jetzt müsse sie leider mit Gewalt durchgesetzt werden. Den notwendigen Preis müßten wir zahlen.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) wies auf ein Kind hin, das in Oberhausen vor kurzem an Spätfolgen des Vietnamkriegs gestorben sei und sagte, es sei deprimierend, daß Gewalt die Oberhand gewinne. Wenn jetzt Men-

Fortsetzung Seite 8

Künftig wird bei der Aufnahme von Flüchtlingen Fläche mit berücksichtigt

Gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und Grünen hat der Landtag in zweiter Lesung am 23. Januar das Zweite Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (Gesetzesentwurf der Landesregierung, Drs. 11/676) in der Form der Beschlußempfehlung des federführenden Arbeitsausschusses (Drs. 11/975) angenommen. Ein Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN, der die Regelungen zur Erstattung der Sozialhilfe betraf, fand keine Mehrheit.

Ulrich Schmidt (SPD) erinnerte an die soziale Verantwortung der Politiker, angesichts wachsender Ausländerfeindlichkeit dafür zu sorgen, „daß die sichtbar gewordenen sozialen Auseinandersetzungen nicht auf die interkommunale Ebene, also zwischen den Städten und Gemeinden, verlängert werden“. Jetzt sei die Solidargemeinschaft zwischen Städten und Gemeinden zur tragbaren Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme gefragt. Nur gemeinsam und keinesfalls nach dem Sankt-Florians-Prinzip könne man das soziale Klima schaffen, in dem das Problem zu lösen sei, betonte Schmidt und appellierte an die Landtagsabgeordneten, nicht nur die Belange ihrer Region, sondern die landespolitische Ausgewogenheit im Auge zu behalten. Man habe zu einer für alle Seiten vertretbaren Neuverteilung kommen müssen, die gefundene Regelung schaffe dies und sei zudem verfassungsrechtlich einwandfrei. Auch danach würden die städtischen Ballungsräume die größten Lasten zu tragen haben, erklärte der Sprecher, aber zahlreiche Kommunen erhielten nun die bitter notwendige Abmilderung ihrer Spitzenbelastung.

Hermann-Josef Arentz (CDU) lehnte den Gesetzesentwurf ab und kritisierte das Verfahren, mit dem die SPD zu der heutigen zweiten Lesung gekommen sei als „schlicht und ergreifend eine Vergewaltigung des Parlaments und der demokratischen Sitten“. Durch das Tempo, mit dem man den Entwurf durch Ausschüsse und Anhörung gepöpselt habe, sei eine sachgerechte Behandlung unmöglich gemacht worden. Dafür gebe es nur eine Begründung: Da das Gesetz die Probleme nicht löse, gehe es nur um eine „Vertuschung und Vernebelung des Versagens der Landesregierung in allen Fragen des Asylrechts“. Der Abgeordnete nannte die angestrebte Regelung „beispiellos und willkürlich“, gegen die massiver Protest von

allen Seiten gekommen sei. Das Gesetz biete keine gerechte Verteilung, sondern nur die schlechte Verwaltung des Mangels. Die Änderung der SPD-Fraktion, daß die Berücksichtigung des Flächenanteils auf 30 Prozent begrenzt werden könne, nannte Arentz „Politik nach Gutsherrenart“. Für seine Fraktion scheide aus staatspolitischen Erwägungen die Gleichsetzung von Asylbewerbern und deutschstämmigen Aussiedlern aus; ihnen könne man nicht den Status von „Asylbewerbern aus aller Herren Länder“ geben.

Heinz Lanfermann (F.D.P.) kritisierte ebenfalls das Verfahren, „ein Trauerspiel“, sagte er wörtlich und unterstrich die Ablehnung seiner Fraktion: Der Flächenansatz sei untauglich, ebenso untauglich sei die Reparatur, die die SPD vorgenommen habe. Seine Fraktion lehne nach wie vor — „nicht nur aus den staatsrechtlichen und auch aus den politischen Erwägungen“ — die Anrechnung von Aussiedlern ab, denn hier werde Lafontainesche Politik exekutiert und eine Kampagne vorbereitet, durch die Artikel 116 des Grundgesetzes abgeschafft oder ausgehöhlt werden solle. Man könne nicht immer nur auf die zu erwartende Zuwanderung von ein bis zwei Millionen Aussiedlern hinweisen, auf Bonn schimpfen und dann dort, wo die Verantwortung des Landes gegeben sei, nicht die geringsten Anstrengungen unternehmen, wie es der Sozialminister tue.

Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) meinte, die provinzielle Debatte über das Flüchtlingsaufnahmegesetz, das nach eigenem Bekunden der Landesregierung ja einen Beitrag zur Sicherung der Akzeptanz des Asylrechts habe darstellen sollen, habe bereits jetzt erkennbar die gegenteilige Wirkung. Die Auseinandersetzungen um den unsachgemäßen Flächenschlüssel hätten auf den Ruf „Das Boot ist voll“ aus manchen Großstädten das gleichlautende Echo aus vielen Flächengemeinden folgen lassen. Dabei sei doch in Wirklichkeit nicht der Verteilungsschlüssel der Flüchtlinge das Problem, sondern der Verteilungsschlüssel der Reichtümer in diesem Lande. Der Abgeordnete bezeichnete jeden Versuch als rechtswidrig, über die Änderung der Kostenerstattung die örtlichen Sozialhilfeträger zu Leistungseinschränkungen zu veranlassen. Den im federführenden Ausschuß angenommenen

Änderungsantrag der SPD-Fraktion bezeichnete Kreutz in Gesetzestext und Begründung gegenüber dem Gesetzesentwurf der Landesregierung als „Radikalisierung“.

Wolfram Kuschke (SPD) stimmte zu, daß die Landesregierung prüfen müsse, was mit irakischen Flüchtlingen und Asylbewerbern zu geschehen habe. „Es weiß keiner, wie wir nun darauf reagieren werden“, sagte Kuschke. Er fuhr fort, das Flüchtlingsaufnahmegesetz versuche eine sozial verantwortbare Regelung hinzubekommen. Es habe sehr viel mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, was mit der Novellierung des Gesetzes versucht worden sei, „und was wir auch mit unseren Änderungsanträgen dann noch einmal stützen wollten“. Es sei in der Tat so, daß man Städte, Gemeinden und Kreise auch als eine Solidargemeinschaft verstehe. Erst recht in der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen müsse sich diese Solidargemeinschaft bewähren.

Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) wandte sich an die CDU. Er habe gemeinsam mit den Spitzenverbänden den Übergang zu Naturalleistungen vorgeschlagen. „Wie können Sie hier dann sagen, wir wollen etwas Derartiges verhindern?“ fragte der Minister. Er hielt der CDU ein Doppelspiel vor. Wenn vor Ort etwas geschehe, was die CDU hier fordere, halte sie vor Ort dagegen. Niemand könne mit Sicherheit voraussagen, in welchem Ausmaß der Golfkrieg oder die Entwicklung in der Sowjetunion den Zustrom von Menschen nach NRW beeinflussen werde. Er sei aber sicherlich kein Prophet, wenn er darauf hinweise, daß, je ungewisser die politischen Perspektiven in der Sowjetunion würden, desto schneller und massiver viele der Millionen Rußland-Deutschen versuchen würden, in die Bundesrepublik zu kommen. Die Unterbringungsmöglichkeiten würden vor Ort erschwert. „Nicht nur vor diesem Hintergrund werden unsere Anstrengungen zu einer gleichmäßigen Verteilung von Flüchtlingen noch dringlicher“, unterstrich der Minister. Er räumte ein, daß alle Interessen von Großstädten sowie Land- und Randgemeinden nicht problemlos unter einen Hut gebracht werden könnten. Unstrittig sei auch, daß dieses Verteilungsgesetz die Zuwanderung weder verringern noch die Ursache bekämpfen könne. Die Landesregierung habe mit dem zehnpromzentigen Flächenanteil einen mittleren Weg eingeschlagen, der helfen werde, die Spitzenbelastung in den Ballungszentren abzumildern, ohne die ländlichen Regionen übermäßig zu belasten.



Unüberbrückbare Gegensätze zwischen dem Regierungslager und der Opposition in Sachen Flüchtlingsaufnahme (v. l. n. r.): Ulrich Schmidt (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU), Heinz Lanfermann (F.D.P.), Daniel Kreutz (DIE GRÜNEN) und Sozialminister Hermann Heinemann (SPD).
Fotos: Schüler

Regierungserklärung Schleußers zum Finanzausgleich zwischen Bund und 16 Ländern

NRW besteht auf Finanzhoheit bei Einheitskosten

In einer Regierungserklärung zu den Auswirkungen der Solidarleistungen für die neuen Länder und der Bonner Koalitionsvereinbarungen auf den Landeshaushalt kündigte Finanzminister Heinz Schleußer an, NRW sei zu weiteren Leistungen bereit, werde sich aber einseitigen Einnahmevermindernungen zu Lasten der Länder und Gemeinden widersetzen.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) bezifferte den NRW-Anteil an den Jahrestanchen des Fonds Deutsche Einheit auf 13,4 Milliarden Mark bis 1994. Ferner verzichte das Land auf mehr als 1,9 Milliarden bei der Umsatzsteuer. 968 Stellen sowie fast 90 Millionen Mark seien für Hilfen im Haushalt 1991 veranschlagt, das bedeute eine Belastung von 160 Millionen Mark pro Jahr. Die Haushalte der neuen Länder seien derzeit nicht kalkulierbar. Daher sollte der Fonds um 6 Milliarden erhöht werden, hätten die A-Länder vorgeschlagen. Stattdessen wolle die Union eine Neuaufteilung der

unter auch einigungsbedingte Mehreinnahmen. Von Einkommen- und Lohnsteuer verblieben 42,5 Prozent beim Land, von der Umsatzsteuer 35 Prozent. Wir seien noch lange nicht beim Teilen. Daß Umverteilung bei Mischfinanzierungen zugunsten der neuen Länder erfolgte, sei in Ordnung. Für Patrioten unwürdig sei es, jedes NRW-Problem der Wiedervereinigung anzulasten. Den Abbau der Vermögensteuer halte er für falsch, er müsse hinausgeschoben werden. Im übrigen bekomme der Bund 17 Millionen neue Bürger und brauche dafür mehr Mittel. Er bereichere sich nicht, sondern liefere das

benvolumen der neuen Bundesländer von gut 113 Milliarden und ein bisher ungedeckter Finanzierungsbedarf von 50 Milliarden Mark für das Jahr 1991 geschätzt. Weil die Bundesregierung nicht den Mut gehabt habe, einen Kassensturz zu machen und die Finanzierungsnotwendigkeiten zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in ganz Deutschland offenzulegen, werde jetzt gelogen und hinters Licht geführt. Wenigstens beim Telefonieren wisse man inzwischen, was die Einheit koste: 25 Pfennig. Hier handele es sich um den dreisten Versuch der Einführung einer Telefon-Sondersteuer zur Finanzierung der deutschen Einheit. Das Gewerbesteueraufkommen der Gemeinden in NRW würde sich bei einem Fortfall der Gewerkekapitalsteuer um mehr als 1,5 Milliarden Mark verringern. Werde



Für Solidarleistungen an die fünf neuen Bundesländer, die alten Ländern ausreichende eigene Einnahmen zur Verfügung stehen, v.l.: Finanzminister Heinz Schleußer (SPD), CDU-Experte Hartmut Schauerte, SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann, Parlamentarischer Geschäftsführer Hagen Tschöeltsch (F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN).
Fotos: Schüler

Umsatzsteuer, an der der Bund nicht zusätzlich beteiligt sei. Nur Mehreinnahmen an Gemeinschaftssteuern seien einigungsbedingte, dabei sei aber keine Steigerung feststellbar. Mehreinnahmen habe nur der Bund zu erwarten. Die jüngsten Bonner Koalitionsvereinbarungen stellten eine massive Gefährdung der Länder- und Gemeindefinanzen dar. NRW drohe aus der Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer ein Verlust von jährlich 1,2 Milliarden, aus Vermögensteuer 1,75 Milliarden Mark. Geringere Sozialversicherungsbeiträge führten zu Ausfällen von 3 Milliarden Mark, für NRW ein Minus von 300 bis 400 Millionen Mark. Nicht nur Eingriffe in Ländereinnahmen, sondern auch zusätzliche teure Aufgaben seien geplant. Als Bedrohung der Staatsqualität der Länder entwickle sich ein Verfassungskonflikt. Die alten Länder seien zu weiteren Leistungen für die neuen Länder bereit, aber man dürfe ihnen die Finanzmittel dafür nicht vorenthalten.

Hartmut Schauerte, Haushaltsexperte der CDU-Fraktion, vermißte jeden Lösungsansatz in der Rede des Ministers und dem SPD-Antrag. Gründliches Umdenken sei nötig sowie eine Bestandsaufnahme. Nach der Steuerschätzung vom Dezember könne NRW mit Zuwächsen von rund 4 Milliarden Mark in den nächsten Jahren rechnen, dar-

Geld in den neuen Ländern ab. Der Weg über die Umsatzsteuer sei richtig. Beim Teilen müsse es einen Kassensturz ohne Tabus geben. Lufthansa-Beteiligung, Wohnungsbauförderungsanstalt, Landesentwicklungsgesellschaft, Landesbauten seien Stichworte für Veräußerungen. Zuwachsraten des Landeshaushalts müßten gesetzlich festgelegt werden. Das Parlament solle eine Kommission für Privatisierungen einsetzen.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), Fraktionsvorsitzender, erklärte, die finanzielle Situation der alten Bundesländer und damit auch des Landes NRW stehe vor einer dramatischen Verschlechterung. Nach allem, was bisher bekannt geworden sei, kämen in Folge der Koalitionsvereinbarungen auf Länder und Kommunen unerträgliche Lasten zu. „Die Bonner Finanzpolitik ist gescheitert“, sagte Farthmann. Um den totalen Bankrott der Bundesfinanzen zu vermeiden, versuche die Bundesregierung, sich zu Lasten Dritter, nämlich der Länder und Gemeinden, zu entlasten, und zwar in einem Maße, das praktisch zum Ende der finanziellen Autonomie von Ländern und Gemeinden führen könne. Auch die Finanzausstattung der neuen Bundesländer bezeichnete der Fraktionsvorsitzende als „gänzlich unzureichend“. Einschließlich des Ostteils von Berlin werde ein Gesamtausga-

die Vermögensteuer gestrichen, fehlten dem Land 1,75 Milliarden Mark jährlich. Bei Umleitung der Strukturhilfe verliere NRW weitere 756 Millionen Mark pro Jahr. Wenn alle Einnahmeverluste einträten, sei klar, daß Land und Kommunen ihre bisher für den Bürger erbrachten Leistungen nicht mehr erbringen könnten. Damit sei der Haushaltsentwurf für 1991 Makulatur. Dann sei kein Gedanke daran, den zusätzlichen Bedarf bei Kindergärten, in der Altenpolitik oder beim Wohnungsbau zu erfüllen.

Hagen Tschöeltsch (F.D.P.) unterstrich die Analyse des Finanzministers zur den hauswirtschaftlichen Auswirkungen der deutschen Einheit und pflichtete dem Hinweis Schleußers auf die ungeklärten Auswirkungen der Beteiligung der Bundesrepublik an den Kosten des Golfkriegs bei. Wenn dann noch der Ministerpräsident meine, der Haushaltsentwurf des Landes sei neu zu diskutieren, wenn der Bund seine Finanz- und Steuerpolitik fortsetze, dann sollte der Minister konsequenterweise den Haushaltsentwurf 1991 zurückziehen und einen realistischen neuen Entwurf vorlegen. Dabei seien auch die Möglichkeiten von Einsparungen zu überprüfen, und es genüge nicht, in dieser Frage „wegzutauchen“ und dem Landtag Kürzungsvorschläge zu überlassen. Beim Sparen komme es auf das Teilen

an, betonte Tschoeltsch und kritisierte den Verkehrsminister des Kabinetts, der offenbar davon ausgehe, daß der Bund sich weiterhin mit 330 Millionen Mark am Stadterneuerungsprogramm beteiligen werde — wo doch die Kommunen im Osten viel miserabler aussehen als die städtebauliche Situation sich im Westen darstelle. „Doch wir hier in Nordrhein-Westfalen können, wenn es nach der SPD geht, nicht auf eine gemeindliche Verkehrsberuhigungsmaßnahme verzichten, nicht auf einen Blumenkübel“, meinte der Sprecher und warnte dringend vor einer Inanspruchnahme des Kreditmarkts. Einsparungen seien zwar ein „politischer Kraftakt“, zu dem er die Mitarbeit der Liberalen anbiete. Tschoeltsch schlug die Einrichtung eines „Runden Tisches“ zur Lösung der Finanzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vor — „jenseits parteipolitischen Kalküls zum Wohle unseres Landes Nordrhein-Westfalen“.

Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) sah Bund und Land auf dem Weg in eine tiefe Finanzkrise. Als Ursache für die Finanzkrise nannte der Sprecher unter anderem die ungebrochene Wachstumspolitik der Bundesregierung und die fehlende Bereitschaft Bonns, für eine gerechtere Verteilung des relativen Wohlstands zu sorgen. Erschwert werde diese Entwicklung durch den Umstand, daß die Landesregierung dem nicht entgegenetrete, um etwa durch Ökoabgaben eine ökologische Politik zu betreiben. Durch die kritiklose Wachstumspolitik der Bundesregierung entstünden ungeheure ökologische und soziale Folgekosten, die auf rund zehn Prozent des Bruttosozialprodukts zu beziffern seien; sie komme „nur

Entschließungen

Eine Entschließung der SPD zur Regierungserklärung (Drs. 11/1056), worin die Bonner Koalitionsvereinbarungen als verteilungspolitischer Skandal und wirtschaftspolitisch schädlich bezeichnet werden, wurde von der SPD-Mehrheit angenommen. Die von dieser abgelehnte Entschließung von CDU und F.D.P. (Drs. 11/1067) tritt für neue Verhandlungen ein.

aufgrund massiver und wachsender Schädigungen des Naturvermögens zustande“. Darum müsse ein neuer Indikator, das Ökosozialprodukt, her. Solange dies aber nicht eingesehen werde, befänden sich Bund und Land im „Wachstumsgefängnis“. Es sei Sache der Bundesregierung, wenn sie sich weigere, Ökosteuern und Ökoabgaben ernsthaft in Betracht zu ziehen; das Land aber könnte hier eine ökologische Vorreiterrolle übernehmen „und dadurch gleichzeitig im Landeshaushalt finanzielle Spielräume zur Lösung anderer wichtiger Fragen eröffnen“.

Finanzminister Heinz Schleußer (SPD) zeigte sich pessimistisch: Es sei zwar noch nicht der Punkt des Zurückziehens des Haushalts erreicht, aber „ich mache mir keine Illusionen, daß ein Zug ziemlich deutlich in diese Richtung geht“. Er wies auf die Zwangsläufigkeiten im Haushalt hin und prognostizierte bei einer Kürzungsabsicht von einer Milliarde Mark „einen Aufstand, weil es niemanden mehr gäbe, der nicht durch mas-

Präsidentin Friebe wünschte Glück für das Parlamentsjahr

Zu Beginn der ersten Plenarsitzung im neuen Jahr wünschte Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe am Mittwoch, 23. Januar, allen Abgeordneten für das bevorstehende Parlamentsjahr alles Gute und auch ihren Familien Gesundheit und Glück. Sie bat dann die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, sich von ihren Sitzen zu erheben. „Wir wollen eines Kollegen gedenken, der für immer von uns gegangen ist“, sagte die Präsidentin. „Dr. Ottmar Pohl, Mitglied der CDU-Landtagsfraktion, ist am 11. Januar 1991 nach langer schwerer Krankheit im Alter von nur 57 Jahren verstorben.“ Frau Friebe erinnerte daran, Dr. Ottmar Pohl habe zu den herausragenden Medienpolitikern seiner Fraktion gehört (siehe auch Seite 21). Bei ihrer Einführung in die dreitägige Plenarversammlung erinnerte die Präsidentin das Hohe Haus aber auch an einen herausragenden Geburtstag. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) sei am 16. Januar 60 Jahre alt geworden. Aufgrund der dramatischen Entwicklung im Nahen Osten habe er von einer größeren Geburtstagsfeier Abstand genommen, „wofür wir alle vollstes Verständnis haben“. Dennoch wolle sie ihm „in unser aller Namen“ nachträglich die herzlichsten Glückwünsche aussprechen, schloß die Präsidentin.

FC Landtag NRW gegründet

Den FC Landtag Nordrhein-Westfalen haben mehrere Abgeordnete und Beschäftigte des Landtags am Rande der Plenarsitzung vom 23. Januar 1991 auf würdigenkonventionelle Weise ins Leben gerufen. Der neue Verein wird damit dem Fußballverband Niederrhein angehören. Zum Vorsitzenden des FC Landtag NRW wurde einstimmig der Initiator der Vereinsgründung, der SPD-Abgeordnete Uwe Herder, gewählt. Die Kassengeschäfte wird der SPD-Abgeordnete Reinhold Hemker leiten. Die Mannschaft des FC Landtag ist fraktionsübergreifend besetzt; ihre sportlichen Ambitionen umriß Uwe Herder folgendermaßen: „Wir werden uns in kein starres System pressen lassen, sondern Filigrantechnik mit Urwüchsigkeit verbinden und möglichst immer mindestens ein Tor mehr schießen als unsere Gegner.“ In einer Stellungnahme erinnerte Herder daran, daß eine Vorläufermannschaft des Landtags bereits mit Erfolg freundschaftliche Begegnungen in Strafanstalten und Schulen, in Behinderteneinrichtungen und bei Stadtteilstellen gehabt habe. Oft seien Gelder für wohltätige Zwecke eingespielt worden.

Willi Wessel, ehemaliger SPD-Landtagsabgeordneter von 1980 bis 1990 und seit 1975 Bürgermeister von Hertens, legt nach Angaben der Hertener Pressestelle dieses Amt sowie sein Ratsmandat nieder. Grund dafür ist Wessels neue Aufgabe als Arbeitsdirektor der „MIBRAG“ (Mitteldeutsche Braunkohlen-Gesellschaft) in Bitterfeld in Sachsen-Anhalt, die er zum 1. Februar 1991 übernehmen wird.

sive Kürzungen betroffen wäre“. Der Minister unterstrich erneut die fehlende Steuer-gesetzgebungskompetenz der Länder und wies die Behauptung zurück, das Land habe Steuer Mehreinnahmen von 1,5 Milliarden Mark zu verzeichnen gehabt; Schleußer warnte nachdrücklich davor, sich „reichzurechnen“: Jahrzehntelang habe die CDU gefordert, mit Steueransätzen realistisch umzugehen, jetzt, wo man so verfare, sei

es auch wieder nicht recht. Die CDU tue so, als ob Hunderte von Milliarden Mark, die zur Herstellung einigermaßen gleicher Lebensbedingungen in Ost und West erforderlich sein werden, quasi aus der Portokasse zu bezahlen seien, während bei den fünf bis zehn Milliarden Mark Belastungen durch den Golfkrieg Steuererhöhungen für angebracht gehalten werden; das empfänden er und alle Bürger als absurd.



Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe (l.) hat am 23. Januar im Plenum des Landtags die CDU-Politiker Wilhelm Riebniger aus Lippstadt (r.) sowie Rüdiger Goldmann aus Düsseldorf (2. v. r.) als neue Abgeordnete verpflichtet. Riebniger ist Nachfolger des verstorbenen Abgeordneten Dr. Ottmar Pohl. Goldmann, der bereits von 1985 bis Mai 1990 dem Parlament angehörte, rückt für den ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Bernhard Worms nach.
Foto: Schüler

SPD beantragte namentliche Abstimmung Landtagsmehrheit sieht in Sparpaket Sonderopfer für Arbeiter und Angestellte

Als „unzureichend, sozial ungerecht, wirtschafts- und beschäftigungspolitisch schädlich“ bezeichnete die SPD-Fraktion das „Sparpaket“ der Bonner Koalition in ihrem Antrag „Bonner Koalition bürdet Beitragszahlern die Kosten der Einheit auf“ (Drs. 11/976 sowie Entschließung Drs. 11/1055), über den sie nach der Aussprache am 23. Januar die namentliche Abstimmung beantragte. Mit den Voten der SPD und der GRÜNEN wurde er bei 131 Ja gegen 96 Neinstimmen angenommen.

Dr. Wilhelm Vollmann (SPD) erinnerte an das Wahlversprechen der CDU, ohne Steuererhöhungen, nur durch drastischen Subventionsabbau die Kosten für die Einheit aufzubringen. Mit dem größten Betrugsmanöver seit Jahrzehnten werde nun die Gewerbesteuer gesenkt, würden „Abgaben“ erhöht und Sozialleistungen gekürzt. Das sei Umverteilung zu Lasten der kleinen Leute und zum Nutzen der Großverdiener. Statt Abschaffung der Einkommensobergrenze bei der Arbeitslosenversicherung würden die Beiträge der kleinen Zahler erhöht. Statt gründlicher Diskussion gebe es ein undurchsichtiges Umverteilungspaket.

Hermann-Josef Arentz (CDU) nannte es Heuchelei, jetzt eine grundlegende Rentenreform anzumahnen, nachdem die Bonner SPD vor ein paar Monaten gemeinsam mit der Koalition die jetzige Neuregelung verabschiedet habe. Der SPD-Antrag sei ein erschütterndes Dokument sozialpolitischer Unvernunft. Die Bonner Koalition habe die Fortsetzung aktiver Arbeitsmarktpolitik, Verlängerung der Qualifizierungsoffensive in den neuen Ländern und für Frauen, grenzüberschreitende Arbeitnehmervertretung, Verlängerung von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld beschlossen. Steuererhöhungen seien ein Krebsübel, weil sie den Staat nicht zur Sparsamkeit zwingen. Die SPD bekomme nicht mehr mit, was ihre eigenen Experten in Bonn verträten. Die CDU lehne den üblen Schantrug mit Abscheu und Empörung ab.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.-Fraktionsvorsitzender) räumte ein, er habe sich mehr Streichungen von Subventionen gewünscht. Aber es sei das Gegenteil von Glaubwürdigkeit, ordentliche Vorschläge der Bundesregierung abzulehnen. Der SPD sei nur am Aufbau eines Feindbildes gelegen. 35 Milliarden Mark Einsparungen könnten nicht allein durch Ausgabekürzungen erbracht werden. Mit den Lohnzusatzkosten würden beim „Sonderopfer“ zur Hälfte auch die Unternehmer getroffen. Die SPD verschweige auch den Anstieg des Bruttosozialprodukts durch die neuen Länder. Bei objektiver Bewertung der Koalitionsvereinbarungen könne sie ihren Antrag nur zurückziehen.

Beate Scheffler (DIE GRÜNEN) meinte, ihre Partei habe nichts anderes erwartet. Umverteilung zugunsten derer, die schon reichlich hätten, sei in Bonn Tradition. Es werde wenige Gewinner, aber sehr sehr viele Verlierer geben. Krank werden dürfe nur noch, wer es sich leisten könne, die Pflegeversicherung sei verschoben. Höhere Telefonkosten würden Betriebe über die Preise weitergeben. Bei der Rentenreform habe die SPD als Opposition kläglich versagt. Aus ihrem Antrag spreche Hilflosigkeit, Perspektiven für die neue Republik würden nicht aufgezeigt.

Bodo Champignon (SPD) warf der CDU vor, von ihrem Fehlverhalten bei den Wahlversprechen ablenken zu wollen. Die Öffentlichkeit sei über den Finanzbedarf der Einigung getäuscht worden, die Bonner Koalition habe die Dimension ebenfalls nicht begriffen. Die Mittel müßten durch Einsparungen und Umschichtungen aufgebracht werden, nicht durch ungerechte Sonderopfer. Um Klarheit bei den Arbeitnehmern zu schaffen, beantrage er namentliche Abstimmung.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) sah die Teilung in drei Klassen: Arbeiter, Angestellte und Beamte als untragbar an. DIE GRÜNEN seien gegen die ungerechte Spaltung im öffentlichen Dienst und für Einbezug sämtlicher Beschäftigten in die Arbeitslosenversicherung. Der SPD-Antrag sei im ganzen richtig bei einigen Unklarheiten.

Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) hielt Bundesminister Blüm für den Verlierer in Bonn. Von 35 seien ganze 4 Milliarden Mark Einsparungen übriggeblieben, Abgaben und Beiträge würden dagegen drastisch aufgestockt. Die Einheit sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, geschröpft würden nur Arbeitnehmer. An einem tragenden Pfeiler der Rentenreform werde jetzt gerüttelt. 1993 werde es zu Beitragserhöhungen kommen müssen. Die Bundesregierung habe nicht die Kraft, ihre Versprechen gegen Lobbyisten und Interessenvertreter umzusetzen.

Hermann-Josef Arentz (CDU) nannte den Vortrag des Ministers die unterste Sohle von Sozialneid und Verhetzung. Auf die Erhaltung der eigenständigen Knappschaftsversicherung seien die Sozialausschüsse der CDU stolz, obwohl damit Subventionsabbau verhindert worden sei. Die Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung sichere die Höhe der Rücklage. Unter der SPD in Bonn seien die Sozialabgaben doppelt so schnell gestiegen wie die Löhne und Gehälter. Beim Abzug von Kinderbetreuung von der Steuer gehe es um Abbau von Schwarzarbeit in Familien, soziale Absicherung von Frauen.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann, SPD-Fraktionsvorsitzender, sagte, die Bonner Koalition habe sich nach der Wahl bis auf die Knochen blamiert. Den Arbeitern und Angestellten ein Sonderopfer an den Einheitskosten aufzuerlegen, sei schreiendes Unrecht. Erhöhung der Lohnnebenkosten sei früher der SPD als Anstieg von Arbeitslosigkeit angelastet worden, jetzt erhöhe die Bonner Koalition um monatlich 1,5 Prozent. Um der CDU die Zustimmung zu erleichtern, habe die SPD ihren ausführlichen Antrag zugunsten eines kürzeren zurückgezogen.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) stimmte dem neuen Text uneingeschränkt zu.

Wolfram Dorn (F.D.P.) lehnte es ab, über einen nicht schriftlich vorliegenden Antrag abzustimmen. Die namentliche Abstimmung wurde daraufhin erst später durchgeführt.

Waffengeschäfte...

Fortsetzung von Seite 4

schen in Israel bedroht seien, hätten deutsche Ingenieure dazu beigetragen. Firmen aus NRW seien an Giftgasfabriken im Irak beteiligt, ganz legal. F.D.P.-Wirtschaftsminister hätten Waffen-Exporte nicht verhindert. Junge Menschen, die jetzt gegen den Krieg demonstrieren, kämen mit der Politik und mit der Gefühllosigkeit der Kriegsberichtserstattung nicht mehr klar. Vor Kriegsbegeisterung sollten wir uns hüten. Antiamerikanische Parolen seien zur Zeit falsch, aber die Weltpolizei USA habe schon früher Unrecht begangen. Die Grünen lehnten jede deutsche Beteiligung ab. Die Alphajets der Bundeswehr gehörten aus der Türkei zurück. Dieser Krieg werde auf dem Silbertablett serviert, mediengerecht ins Wohnzimmer, ein sauberer Krieg mit perfekter Technik. Bombenstimmung auch an der Börse durch Bomben auf Bagdad. Tote unterlägen der Zensur, Freiheit werde mit unfreier Berichterstattung verteidigt. Und der Konflikt im Nahen Osten werde mit diesem Krieg nicht gelöst. Saddam Hussein werde der neue Märtyrer der Araber sein. Ein Diktator sei kein Grund, ein Volk zu vernichten. Die männliche Logik, die Welt mit Gewalt retten zu wollen, dürfe nicht mehr greifen.

Andreas Reichel (F.D.P.) erläuterte den Anlaß zur Sorge bei Demonstrationen: „Es ist der unerträgliche Mißbrauch zum Teil von Kindern, zum Teil durch ihre eigenen Lehrer und zum Teil durch Leute aus der radikalen Szene, die sie vor ganz andere Karren spannen.“ Es werfe für ihn schon ein etwas schiefes Licht auf die Schulen, wenn Elfjährige unter Führung ihrer Lehrer gegen das Eingreifen der USA am Golf demonstrierten. Hier würden Jugendliche als Kulisse mißbraucht, um den eigenen Antiamerikanismus zu zelebrieren. Der Abgeordnete wies ausdrücklich darauf hin, daß auch die F.D.P. Abscheu empfinde, wenn es deutsche Unternehmen gebe, die zur Kriegsmaschinerie von Saddam Hussein beigetragen hätten. Diese Position werde nach seinem Empfinden auch von Unternehmern geteilt, die sich sehr wohl Sorgen über das Ansehen der exportorientierten deutschen Industrie machten, wenn der Eindruck entstehe, daß man aus Kriegen in der Dritten Welt Kapital schlage. Reichel wandte sich aber gegen den Eindruck, als wäre die Bundesrepublik Deutschland sozusagen mit dem Segen der Bundesregierung Haus- und Hoflieferant des Irak gewesen.

Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) rief dazu auf, den Fehler einer parteipolitischen Befrachtung der Debatte zu vermeiden.

Dr. Achim Rohde (F.D.P.) unterstrich die Unterschiede zur Auffassung der Grünen Fraktion. Er freue sich zwar über die große Übereinstimmung zwischen SPD, CDU und F.D.P., dennoch müßten auch in einer schwierigen Situation unterschiedliche Meinungen im Plenum zum Ausdruck gebracht werden können.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) zeigte sich entsetzt von der „Kaltschnäuzigkeit“ von Redebeiträgen der CDU und F.D.P., „wie hier mit einem Krieg und mit dem Entsetzen, das ein solcher Krieg verbreiten kann, umgegangen wird.“

Kontroverse zwischen SPD-Fraktion und Regierung um Kulturkanal

Beim Projekt eines deutsch-französischen Kulturkanals sind SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung unterschiedlicher Meinung. Bei der Debatte über einen Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag zum Europäischen Fernsehkanal meinte der SPD-Medienexperte Jürgen Büssow, das Parlament werde isoliert dem deutsch-französischen Kulturkanal gar nicht zustimmen können, sondern nur im Kontext der anderen Rundfunkgesetze. Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) betonte hingegen, das Projekt sei inzwischen ein europäisches. Der Europäische Kulturkanal könne Impulse für das künftige Europa der Regionen geben. Die Sprecher der Opposition von CDU und F.D.P., Ruth Hieronymi und Hagen Tschoeltsch, stimmten dem Projekt wenn auch aus kritischem Blickwinkel zu. Grünen-Sprecherin Bärbel Höhn unterstützte dagegen voll die Position ihres Vordrängers Jürgen Büssow. Nach 1. Lesung wurde der Antrag an den Hauptausschuß überwiesen.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) erklärte, er kenne die Bedenken, die gegen den Europäischen Kulturkanal erhoben worden seien und noch erhoben würden. Er räume auch ein, daß er diese kritischen Anmerkungen in der zurückliegenden Diskussion teilweise durchaus habe nachvollziehen können. Inzwischen hätten sich jedoch wesentliche Voraussetzungen geändert, „die für mich Grund genug sind, mich jetzt für den Europäischen Kulturkanal voll einzusetzen“. Das Projekt sei inzwischen ein europäisches. Die zunächst nur bilaterale deutsch-französische Zusammenarbeit bilde den Kern für ein europäisches Programm. Belgische und spanische Rundfunkveranstalter, auch Luxemburg und die Schweiz hätten Interesse an einer Kooperation gezeigt. Es sei in den Verhandlungen auch gelungen, die Staatsfreiheit des Europäischen Fernsehkanals im Sitzland Frankreich zu sichern. Inzwischen habe sich auch die technische Reichweite und die Empfangbarkeit des Programms erheblich verbessert. Er gebe dem Europäischen Kulturkanal gute Chancen. Die Stärke des künftigen Europa werde aus den Regionen erwachsen. Der Europäische Kulturkanal könne hier wesentliche Impulse und Hilfen geben.

Jürgen Büssow (SPD) meldete erhebliche Zweifel an dem Projekt an. Die alten Länder verfügten bereits über sieben kulturell ambitionierte Fernsehprogramme. Mit den fünf neuen Bundesländern würden weitere Programmangebote mit kulturellen Orientierungen hinzukommen. ARD und ZDF seien nicht glücklich über das Vorgehen der Ministerpräsidenten und der deutschen Bundesregierung, aber sie hätten sich nicht aufraffen können, das Projekt abzulehnen. Der Abgeordnete erläuterte, ein vernünftiger Weg könne darin bestehen, wenn die vorhandenen „Faschilitäten“ in einem von Deutschen und Franzosen auf den Weg gebrachtes europäisches Kulturprojekt integriert würden. Auf der französischen Seite könnte das der Sender La Sept und auf der deutschen Seite ARD 1 PLUS und ZDF 3SAT sein. Darüber hinaus müßte ein gleichberechtigter Zugang aller europäischen Produ-



Probleme mit Kulturkanal: v.l. Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD), Jürgen Büssow (SPD), Ruth Hieronymi (CDU), Hagen Tschoeltsch (F.D.P.) und Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN).
Fotos: Schüler

zenten gesichert werden. Der deutsch-französische Kulturkanal könne sich weder programmpolitisch, kulturpolitisch, ökonomisch noch technologiepolitisch aus sich selbst heraus begründen. Er sei zum Prestigeprojekt der beiden Staaten geworden, das seine kulturpolitischen Ziele verfehlen werde. Deswegen werde das Parlament isoliert dem deutsch-französischen Kulturkanal gar nicht zustimmen können, sondern nur im Kontext der anderen Rundfunkgesetze, die derzeit zur Novellierung anstünden.

Ruth Hieronymi (CDU) hielt fest, bisher fehle ein Fernsehprogramm, das die kulturelle Identität Europas widerspiegele. Gravierende Probleme sah sie jedoch bei der technischen Verbreitung und der finanziellen Ausstattung: Über Kabel sei der Kanal in der Bundesrepublik von sieben Millionen Haushalten, in Frankreich aber nur von einer Viertelmillion Haushalten zu empfangen. Die Frage sei allerdings nicht, welche Konsequenzen der Vertrag auf den (deutschen) öffentlich-rechtlichen Rundfunk habe, sondern: „Welche Aufgaben ergeben sich für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk aus der Weiterentwicklung der Medienlandschaft in Europa“? Die CDU unterstütze den Kanal, begrüße die Bestätigung des Rechts der Länder, mit auswärtigen Staaten Verträge zu schließen und erwarte, daß die Probleme der Verbreitung gelöst werden, damit die Gebühren gerechtfertigt seien.

Hagen Tschoeltsch (F.D.P.), stimmte für seine Fraktion dem Kulturkanal „allein mit Rücksicht auf die deutsch-französische Freundschaft und die weitgehenden Vereinbarungen auf Regierungsebene“ zu. Der Kanal werde nicht „Nabel der neuen Medienwelt“, erklärte er Sprecher und fuhr fort: „Wichtiger wäre es, die Gunst der Stunde der deutschen Einheit zu nutzen“ und zu einer Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Rundfunklandschaft in Deutschland zu kommen. Er habe in den letzten vierzig Jahren einen Beitrag zur demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik geleistet und sei eines der „anspruchsvollsten Rundfunksysteme der Welt“ gewesen. Aber diese Phase gehe zu Ende, sieben Anstalten (NDR, Sender Berlin, WDR, Sächsischer Rundfunk, HR, Südfunk und Bayerischer Rundfunk) seien überlebensfähig. In dieser Umbruchsituation seien Gebührener-

höhung fehl am Platze, die 0,75 DM für den Kulturkanal eingeschlossen.

Bärbel Höhn (DIE GRÜNEN) meinte, die Idee sei natürlich gut. Aber es sei deutlich geworden, daß die Umsetzung noch sehr zu wünschen übrig lasse. Das sei vom Abgeordneten Büssow sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden. Sie habe sich über seine Rede sehr gefreut. Sie hätten auch sehr viele Güne nicht besser halten können. Die Landesregierung habe ihre Meinung zu diesem Abkommen sehr deutlich gemacht. Büssow habe eine völlig andere Meinung dazu vertreten. Sie frage sich, welche Möglichkeiten gebe es, diesen Vertrag in seiner Umsetzung noch zu verändern. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich sei an sich nichts Schlechtes. Aber wie es hier durch dieses eine Programm, durch eine Zusammenarbeit nur dieser beiden Länder mit einer Interessenvertretung der Franzosen, die ganz spezielle Interessen durchsetzen wollten, mit einer Dominierung von Staaten, die vielleicht später hinzukommen, gemacht werde, „halten wir nicht für gut“, sagte Frau Höhn.

Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) erklärte in einem zweiten Beitrag, an die Adresse des Abgeordneten Büssow gerichtet, er müsse nur darauf hinweisen, daß die Frage der Umsetzung nicht allein den Ministerpräsidenten zuzuschreiben sei. Vielmehr seien insbesondere all die Fragen die Büssow aufgeworfen habe, solche, die die Rundfunkanstalten, die ARD, die Gremien, die Gremienmitglieder angingen.

Jürgen Büssow (SPD) entgegnete zum ‚Stichwort Frankreich‘: „Ich bin ein Freund der Franzosen. Aber ich bin auch ein Freund von Nordrhein-Westfalen.“ Wenn Verträge gemacht würden, dann gehe es ihm darum, Interessen auf beiden Seiten zu nutzen und einen Interessenausgleich herbeizuführen. Wenn man diesen Nutzen nicht aus einem Projekt heraus selbst definieren könne, das liege hier vor, müsse man zu anderen Gesichtspunkten greifen.

Ruth Hieronymi (CDU) bezeichnete es als grundsätzliche Frage, ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk sich in sein „Reservat“ zurückziehen wolle oder ob er bereit sei, sich der medienpolitischen Entwicklung zu stellen und an Lösungen mitzuwirken.

Der nordrhein-westfälische Landtag hat am Donnerstag, 17. Januar, in einer Schweigeminute auf den Ausbruch des Krieges am Golf reagiert. In allen Ausschüssen erhoben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen, so auch im Hauptausschuß unter seinem Vorsitzenden Reinhard Grätz (SPD), an dessen Haushaltsberatungen die Präsidentin des Landtags, Ingeborg Friebe, teilnahm. Die Präsidentin ließ um 12 Uhr über Lautsprecher eine kurze Ansprache in alle Räume des Landesparlaments verbreiten. „Heute nacht hat der Krieg in der Golfregion begonnen“, mahnte Frau Friebe. Sie rief zur Solidarität mit allen Menschen auf, die direkt oder indirekt von diesem Krieg betroffen seien. Die Präsidentin forderte abschließend das Parlament und alle seine Mitarbeiter dazu auf, in einer Minute des Schweigens dieser Solidarität mit allen Betroffenen Ausdruck zu geben.

Zu Beginn der Sitzung gedachte der Hauptausschuß seines verstorbenen stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Ottmar Pohl (CDU). Über ein Vierteljahrhundert habe der Abgeordnete u. a. als Fraktionsmitarbeiter, Parlamentarischer Geschäftsführer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied des Hauptausschusses und von Untersuchungsausschüssen die parlamentarische Arbeit prägend mitgestaltet, umriß Vorsitzender Grätz die Spanne der Tätigkeiten des Verstorbenen. Grätz schilderte den Abgeordneten Pohl als kenntnisreichen Medienpolitiker, der in vielen Themenbereiche zu Hause gewesen, dabei aber kein Generalist gewesen sei. Vielmehr habe es sich um einen Allroundpolitiker gehandelt, wie er in der Politik selten geworden sei. Der Vorsitzende wies ferner auf die Toleranz und den Pragmatismus des aus Köln stammenden Politikers hin, der immer auf Kompromisse hingearbeitet habe. Man werde seiner noch lange mit Respekt gedenken.

In einer Aktuellen Stunde vor Eintritt in die Haushaltsberatungen wurde die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen zum Thema im Hauptausschuß. Die CDU-Abgeordnete Ruth Hieronymi kritisierte, der Landtag weise über den Landeshaushalt Mittel in Millionenhöhe für die Filmstiftung an, so daß er auch an ihr beteiligt werden sollte. Staatskanzleiminister Wolfgang Clement (SPD) wies in seiner Entgegnung auf die rechtliche Problematik hin, da die Vertreter des Landes in der Stiftung weisungsgebunden seien. Der F.D.P.-Fraktionsvorsitzende Dr. Achim Rohde merkte an, obwohl er der Rechtsproblematik zustimme, könne er sich vorstellen, daß auf diesem Weg über Stiftungen dem Parlament immer mehr Zuständigkeiten entzogen werden könnten. Clement meinte daraufhin, Stiftungen sollten ausschließlich fachlich besetzt sein. Er berichtete, die Filmstiftung starte mit einem Kapital von 45 Millionen Mark und sei die größte Filmförderungsinstitution in Deutschland und Europa. Sie habe allergrößte Bedeutung für die Filmwirtschaft. Er wisse um die Problematik der Beteiligung des Landesparlaments an Stiftungen, riet aber hier zu größter Zurückhaltung. Im übrigen habe inzwischen auch das ZDF bekundet, der Filmstiftung beitreten zu wollen. Der SPD-Medienexperte Jürgen Büssow machte darauf aufmerksam, daß sich Abgeordnete nicht durch die Landesregierung anweisen lassen könnten. Der

Mahnung der Präsidentin zum Krieg in der Golfregion Über ein Europa-Forum will NRW den deutschen Föderalismus mit Erfolg in Europa einbringen

Hauptausschuß gedachte seines verstorbenen Mitglieds Ottmar Pohl



Vor Beginn der Haushaltsberatungen: Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe und Ausschußvorsitzender Reinhard Grätz (SPD, rechts). Links von der Präsidentin Landtagsdirektor Heinrich-Große-Sender. Foto: Schüler

Sachverstand müsse schon das Signet für Medienpolitik in Nordrhein-Westfalen sein. Im übrigen wies der Abgeordnete auf die Kontrollmöglichkeiten hin, indem man die Filmstiftung jederzeit auf die Tagesordnung setzen könne. Er befürwortete einen neuen Weg, von den Proporzstrukturen weg zu professionellen Strukturen zu kommen. Die Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN, Bärbel Höhn, hinterfragte kritisch die Einflußmöglichkeiten des WDR. Andere, denen eine ganze Palette von Filmförderungsmaßnahmen nahezubringen sei, könnten dadurch verdrängt werden.

Haushaltsberatungen

Seine Haushaltsberatungen begann der Hauptausschuß mit einer Aussprache über den Einzelplan 01 des Landtags. Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe berichtete, dieser Haushaltsplan umfasse zusammen mit der Ergänzungsvorlage ein Haushaltsvolumen von 138 Millionen Mark. Der Anteil des Landtags am Landeshaushalt betrage damit weniger als zwei Prozent. Die Leistungen an Abgeordnete, Fraktionsmitarbeiter und Landtagspersonal umfaßten 77 Millionen Mark. Die sächlichen Verwaltungsaufgaben bezifferte die Präsidentin mit 24 Zuweisungen und Zuschüsse mit 22 und die Investitionen mit 15 Millionen Mark. Fünf Millionen seien als Betriebskosten und 2,3 Millionen Mark für das Betriebsrestaurant erforderlich, die allerdings bis zu 1,5 Millionen Mark durch Einnahmen abgedeckt seien.

Die anschließende Debatte konzentrierte sich auf das vom Landtag geplante Europa-Forum. Der Direktor beim Landtag, Heinrich Große-Sender, teilte mit, daß dafür 500 000 Mark vorgesehen seien. Der SPD-Abgeordnete Büssow unterstrich, daß mit diesem Ansatz gearbeitet werden solle, wenn man den deutschen Föderalismus in Europa ein-

bringen wolle. Auch die CDU-Sprecherin Ruth Hieronymi meinte zum Europa-Forum, es gebe keinen Dissens, wenn es um die Stärkung des Föderalismus in Deutschland und Europa gehe.

Nicht nur die großen politischen Fragen, sondern auch Details wurden bei diesem ersten Durchgang der Haushaltsberatungen erörtert. Büssow fragte nach der Kunst am Bau und ob das geforderte eine Prozent der Bausumme im Falle des Landtags überhaupt angegeben worden sei. Landtagsdirektor Große-Sender bejahte. Der SPD-Abgeordnete Hans Kern erweiterte das Kunst-Thema, indem er vorschlug, die Räume der Abgeordneten sollten mit Bildern aus dem Depot des Landtags ausgestattet werden. Viele Parlamentarier wußten gar nichts von dieser Möglichkeit. Dazu Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe: „Ich finde, das ist eine gute Anregung“.

Der Einzelplan 02 des Landeshaushalts 1991 für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei bezifferte Minister Clement in den Ausgaben auf 160 Millionen Mark. Das bedeute gegenüber 1990 eine Steigerung um 20 Millionen oder 14,3 Prozent.

Begründet wurden die Erhöhungen u. a. mit der Realisierung dessen, was in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten als Handlungsrahmen dargelegt worden sei. Als Schwerpunkte benannte Clement Maßnahmen im Zuge der technischen Zusammenarbeit mit Ländern der dritten Welt, die haushaltsmäßige Reaktion auf Veränderungen in Europa, die stärkere Kooperation von Regionen Europas und mit Partnern in Rußland, humanitäre Projekte u. a. in Rumänien, Polen und anderen Ostblockländern sowie Hilfsmaßnahmen im Ausland bei Katastrophen. Zehn Millionen Mark seien für das Hilfsprogramm für die Sowjetunion vorgesehen, von denen im Dezember bereits 1,6

Fortsetzung Seite 11

Vor der Plenarsitzung am 23. Januar eröffnete Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe die Ausstellung „Vom Brot zum Korn“ der Landfrauen aus dem Kreis Steinfurt im Foyer des Landtags. Angesichts des Golfkrieges, so führte sie aus, werde uns, die wir zu den „satten“ Völkern gehörten, besonders bewußt, wie wichtig scheinbare Selbstverständlichkeiten, wie die Ernährung, seien:

„Es gibt vieles, auf das wir verzichten können, aber nicht auf unser ‚täglich Brot‘. Den Landfrauen geht es jedoch um mehr. Die Verarbeitung vom Ursprungsprodukt bis zum Endprodukt ist nur ein vordergründiger Aspekt dieser Ausstellung. Die Probleme unserer heutigen modernen Landwirtschaft erfordern eine Aufklärung über die von ihr erzeugten Nahrungsmittel.

Ein weiteres Ziel der Ausstellerinnen ist auch, der Öffentlichkeit ein anderes Verständnis von der Rolle der Bäuerinnen von heute zu vermitteln. Die Landfrau von heute ist eine moderne, selbstbewußte, gleichberechtigte Partnerin.

Trotz allen technischen Fortschritts, erläuterte Hildegard Voß-Segbert als Vorsitzende des Kreislandfrauenvereins Steinfurt, habe sich der Weg vom Korn zum Brot nicht verkürzt. „In unserer schnellebigen Zeit geht vielfach der Bezug zum Wachsen und Werden in der Natur verloren, sagte sie und kam



Aus Steinfurt: Vom Korn zum Brot

dann auf größere Sorgen zu sprechen: „Vor dem Hintergrund der in Genf wieder aufgenommenen GATT-Verhandlungen bedrückt es uns, wenn dem bäuerlichen Familienbetrieb aus berufenem Mund das ‚Aus‘ prophezeit wird. Wir finden es unerträglich, daß die hiesige Landwirtschaft als Hemmschuh für die industrielle und technische Entwicklung in unserem Land angese-

hen wird. Landwirtschaft amerikanischer Prägung mit Riesenäckern, einer ausgedehnten Landschaft, Blechhütentierhaltung, die sattsam bekannte unschöne Plattenbauweise kommunistischer Agrarkombinate, das würde das zukünftige Erscheinungsbild unserer bisherigen Parklandschaft sein. Will das die Gesellschaft? Wir meinen nein.“

Europa-Forum...

Fortsetzung von Seite 10

Millionen Mark aus Dringlichkeitsgründen außerplanmäßig verausgabt worden seien. Das Deutschlandprogramm werde mit zehn Millionen Mark fortgesetzt.

Die Ausgaben für medienpolitische Aufgaben belaufen sich laut Clement unter anderem auf 12,5 Millionen Mark an Komplementärmitteln für die Filmstiftung sowie auf eine Million Mark für das Medienforum in Köln. Die Ausgaben für die politische Weiterbildung bezifferte der Minister auf 40,7 Millionen Mark im Baransatz und 4,2 Millionen Mark an Verpflichtungsermächtigungen.

Die CDU-Abgeordnete Hieronymi reagierte auf Clements Ausführungen mit der Feststellung, sie sei überrascht, mit welcher Geschwindigkeit Aufgaben in der Staatskanzlei lösbar seien. Im Landtag habe man dagegen in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales sowie Jugend und Familie um Mittel für soziale Aufgaben ungeheuer ringen müssen. Sie halte eine Steigerung um 14,3 Prozent in einem Haushaltsjahr gemessen an anderen Aufgaben in diesem Land, die dringend anstünden, nicht für angemessen. Wichtiger noch als Medienveranstaltungen sei die Lehrerversorgung im Land. Sie meldete die Bedenken der CDU gegen die massive Haushaltsausweitung an. Die Grünen-Abgeordnete Bärbel Höhn ergänzte, sie müsse in vielen Punkten der Argumentation der CDU recht geben. Sie bezweifelte, ob der Ertrag an neuen Arbeitsplätzen wirklich bei dem Bemühen von Nordrhein-Westfalen herauskomme, das Medienland Nummer eins zu werden. „Ich persönlich, Frau Hieronymi, habe sehr viel Sympathie für Ihre Beurteilung des Haushalts“, sagte Bärbel Höhn. Der Abgeordnete Jürgen Büssow riet daraufhin, wenn Nordrhein-Westfalen die Chance habe, medienpolitisch an die Spitze zu kommen und ein europäischer Standort zu werden, sollten die anderen Fraktionen das unterstützen.

Weitgehend einig waren sich Fraktionen und Regierungsvertreter hingegen, die deutschlandpolitischen Bemühungen auf Brandenburg zu konzentrieren. Trotz der rund 1 000 Verwaltungskräfte aus NRW, die seit einem Jahr in dem neuen Partner-Bundesland tätig sind, merkte Clement kritisch an: „Wir sind längst an dem Punkt, an dem wir nicht mehr wissen, wie wir weiterkommen.“ Über die augenblicklichen Verwaltungshilfen hinauszugehen, hielt der Minister „nicht für ratsam“. Vorsitzender Grätz mahnte indessen an, bereits vor der Wende vereinbarte kommunale Partnerschaften in den anderen neuen Bundesländern weiter unterstützen zu können. Clement machte deutlich, daß diese Partnerschaften durch das Innenministerium weiter gefördert werden sollten.

Bei der Diskussion um die Ausstattung der Landeszentrale für politische Bildung zeigte es sich, daß SPD-Regierungsfraktion und die Regierung selbst nicht immer konform gehen müssen. Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig regte an, Clement solle dafür sorgen, daß man sich um die Landeszentrale, die ja Teil der Staatskanzlei geworden sei, ernsthaft Gedanken mache. Die Teilnahmebeiträge seien inzwischen so hoch, daß sich nur noch Gutverdienende an Veranstaltungen der politischen Bildung beteiligen könnten. Frau Hieronymi schloß sich den Worten ihres Vorredners „voll inhaltlich“ an. Der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Dr. Günther Wichert, räumte ein, daß die Beiträge höher geworden seien. Beinahe resigniert merkte der Politiker Büssow an, wer das über Jahre verfolgt habe, wisse, daß dieser Haushaltstitel chronisch defizitär ausgestattet sei. Wie zur Bestätigung sagte Wichert, die Haushaltsentwicklung dieses Jahres lasse keine Erhöhung dieses Ansatzes zu. Er gestand aber zu, bei bildungspolitischer Hilfe für Brandenburg sollten die Brandenburger wie Landeskinder behandelt werden. Büssow vermutete, die Staatskanzlei habe sich gegenüber den Finanzpolitikern nicht durchsetzen können.

Man müsse nach anderen Wegen suchen, um den betroffenen Gruppen der politischen Bildung ein Zeichen zu geben.

Den Einzelplan 09 des Ministers für Bundesangelegenheiten ließ der Hauptausschuß im ersten Durchgang der Beratungen rasch passieren. Klar wurde, daß die Obergrenze der Baukosten von insgesamt 42 Millionen Mark für Erneuerungen der Landesvertretung in Bonn sowie des geplanten Tagungs- und Gästehauses Schaumburger Hof nicht überschritten werden soll.

Der Tagesordnungspunkt „Rahmenstaatsvertrag zwischen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg“ machte dann abschließend noch einmal eine Differenz zwischen Landtag und Landesregierung deutlich. Die Kritik entzündete sich daran, daß die Landesregierung Vereinbarungen mit dem Partnerland in einem Regierungsabkommen getroffen hatte und kein Staatsvertrag unter Beteiligung des Landesparlaments zustande gekommen war. F.D.P.-Fraktionschef Dr. Achim Rohde fragte, ob es nicht nützlich sein könne, den Landtag in die Verpflichtungen miteinzubeziehen. „Wo bleiben eigentlich wir als Parlament?“, wollte Büssow wissen und fragte weiter: „Warum sollen sich nur die Regierungen austauschen?“ Er empfahl eine gleichlautende Resolution der Parlamente von Nordrhein-Westfalen und Brandenburg auf Zusammenarbeit. Minister Clement räumte ein, Abkommen, in denen Personalkostenzuschüsse eine Rolle spielten, könnten schon Staatsvertragsqualität haben. Das hänge aber noch ein bißchen in der Luft. Unter Hinweis auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vertrat der CDU-Abgeordnete Dr. Hans-Ulrich Klose die Auffassung, bei Verwaltungsabkommen, die über die Informationspflicht hinausgingen, sei bereits die Frage des Staatsvertrags zu prüfen. Zusammenfassend schloß Vorsitzender Grätz: „Wir bemühen uns, eine gemeinsame Plattform als Parlament zu finden.“

Berufsverbände zum Personalhaushalt 1991

Viele Wünsche blieben unerfüllt

Dem Unterausschuß „Personal“ des Haushaltsausschusses trugen in der von Vorsitzendem Peter Bensmann (CDU) geleiteten Anhörung am 14. Januar die Vertreter der Berufsverbände ihre Stellungnahmen zu den Personalhaushalten in den Einzelplänen der Ressorts für 1991 vor. Dabei kamen unter anderem Unterrichtsausfälle an Schulen, Bearbeitungsrückstände an Gerichten und Finanzbehörden, Leistungsverdichtung und fehlende Aufstiegsmöglichkeiten für Angestellte zur Sprache.

Der Sprecher des Deutschen Gewerkschaftsbundes Kurt Bodewig richtete drei Hauptanliegen an die Abgeordneten: Die tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung von 1988 müsse umgesetzt werden, wo dies noch nicht erfolgt sei. Die neunmonatige Beförderungssperre sowie die Phasenverschiebung müßten wegfallen. Statt 1859 laut Haushaltsentwurf neu geschaffener Stellen hätten es eigentlich 8500 sein müssen. Verheerende Beschäftigtendefizite gebe es vor allem bei Gewerbeaufsicht, Arbeits- und Sozialrichtern und an Berufsschulen.

Keine zusätzlichen Forderungen erhob Klaus Steffenhagen (Gewerkschaft der Polizei) und machte auf zwei Problemgruppen im Polizeidienst aufmerksam: Es werde immer schwieriger, Nachwuchs zu gewinnen; ausgebildete Anwärter würden zuneh-

mend abgeworben. Eine Beförderungsmisere gebe es im mittleren Dienst der Schutzpolizei, mehrere tausend warteten auf die Ernennung zum Polizeiobermeister; ihre Leistung im Wach- und Wechseldienst werde nicht angemessen bezahlt. Einstellungen für alle Schulformen hielt Manfred Skopnik (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) für dringend als Investition in die Bildung und zur Sicherung des Grundbedarfs. Zusammen mit einer bedarfsgerechten Stellenreserve, Förderzuschlägen für alle Schulformen und Ausländerkinder und höheren Zuschlägen für Ganztagschulen komme die GEW auf 6000 Neueinstellungen. 1991/92 werde es Schülerbewegungen geben wie noch nie, so etwa 26000 mehr Grundschüler. Bei neuen Stellen seien einige Ressorts (Arbeit, Umwelt, Verkehr) völlig leer ausge-

haltentwurf nichts vor. In Brandenburg werde eine Flut von Kündigungsschutzprozessen erwartet. Die nicht dort eingesetzten NRW-Kollegen sollten die Vertretung als Beitrag leisten.

Aus der Praxis im Kampf gegen Wirtschaftskriminalität berichtete nach Fragen aus dem Ausschuß Oberstaatsanwalt Wolfgang Rahmer: Als verdeckter Ermittler sitze der Staatsanwalt seit drei Monaten in einem Sechsqadratmeterraum bei der Polizei mit 180 Leitzordnern voller Akten, allein, ohne Zusatzausbildung. Es gehe um Steuerhinterziehungen in Höhe von 30 bis 40 Millionen Mark.

Unverändert hohe Rückstände an unerledigten Klagen (knapp 40000 im Jahr 1990) kritisierte Gerd Löber (Bund Deutscher Finanzrichter).

Bei 513 weniger Auszubildenden und 435 mehr Beamtenanwärtern 1991 drohe eine Vernachlässigung der Verwaltungsfachgestellten, meinte Helmut Schneider (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft). Im Haushaltsentwurf würden auch Aufstiegsstellen für Angestellte vermißt, qualifizierte Beschäftigte wanderten in besser bezahlte Bereiche ab.

Wie der Vorredner sprach auch Horst Ritter (Deutscher Beamtenbund) von Leistungsverdichtung und höheren Arbeitsdruck, der

Europa-Ausschuß vor Schwerarbeit

„Ein schweres Stück Arbeit“ sieht der Unterausschuß „Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit“ des Hauptausschusses nach den Worten des Vorsitzenden Jürgen Büssow (SPD) vor sich bei der Durchsetzung von Mitbestimmungsrechten für die Regionen auf EG-Ebene. In der Sitzung am 16. Januar berichtete das Mitglied der „Ziegler-Kommission“ Professor Hans Boldt über die Vorschläge der Beratungen zur „Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung – auch in einem Vereinten Europa“. Der Aussprache, an der sich auch Minister Clement (Staatskanzlei) beteiligte, schloß sich ein Beratungsdurchgang von EG-Vorlagen an; hierzu waren Beamte der Ressorts eingeladen.



Zum Personalhaushalt 1991 trugen als Berufsverbände Sprecher des Deutschen Gewerkschaftsbundes und einzelner Gewerkschaften, des Deutschen Richterbundes, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und des Deutschen Beamtenbundes dem Unterausschuß „Personal“ Bedenken und Anregungen vor; im Bild hinten: Vorsitzender Peter Bensmann (CDU) und der Gutachterdienst der Landtagsverwaltung. Foto: Schüler

Die von Professor Boldt vorgetragenen Reformvorschläge bezogen sich auf Einschränkung beim Bedürfnis von Bundesgesetzgebungskompetenz, auf eine Bindung bei der Übertragung von Hoheitsrechten der Länder, auf Stärkung der Ländergesetzgebung und -finanzverfassung. Zur Stärkung des Landtags wird ein Klagerecht beim Bundesverfassungsgericht erwogen, ferner vertiefte Unterrichtung durch die Regierung.

Minister Wolfgang Clement äußerte sich skeptisch, was die Chancen solcher Vorhaben betrifft. Auf Bundesebene sei man beunruhigt über diese Diskussion. Mitbestimmung von Regionen werde vor allem von Frankreich und Großbritannien abgelehnt. Der Bund sei gegen „Regionalrat“ und „Regionalkammer“, definiere viel niedriger. Bei anstehenden EG-Regelungen in der Bildungs-, Medien- und Kulturpolitik sollten, riet Clement, die Länder begrenzten EG-Zuständigkeiten zustimmen, um sich im ganzen größere Mitwirkungsrechte zu erkämpfen.

gangen, bemerkte Jürgen Martin (Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr). Auf Vermerke „künftig wegfallend“ solle ganz verzichtet werden. Angestellte sollten bessere Chancen bekommen. Für die Gleichstellungsbeauftragten und für freigestellte Personalräte müsse es Hilfspersonal geben. Für mehr Mischarbeitsplätze solle das Parlament den Dialog konkretisieren und verstärken.

Dauernde Mehrbelastung der Richter und Staatsanwälte (Leistung im Durchschnitt 131 und 118 Prozent) beklagte Burkhard Treese (Deutscher Richterbund). Im Regierungsprogramm gebe es Schwerpunkte wie Bekämpfung der Drogen- und Wirtschaftskriminalität, aber zum Nulltarif gehe das nicht. Auf das ab 1. Januar 1992 in Kraft tretende Betreuungsgesetz, das obligatorische Anhörungen vorschreibe, bereite der Haus-

nicht nur zu Lasten der Bediensteten, sondern auch der Bürger gehe. Der Anteil der Angestellten sei vor allem in Ressorts mit viel Fluktuation immer geringer geworden. Die Abgänge junger qualifizierter Beamter nähmen zu. In der Finanzverwaltung sei die Ausbildungskapazität nicht voll ausgeschöpft. Einige Beihilfestellen hätten unzunehmende Bearbeitungsrückstände.

Nach der Anhörung sagte Vorsitzender Bensmann den Sprechern der Berufsverbände eine sorgfältige Prüfung nach gründlichem Studium ihrer Stellungnahmen zu. F.D.P.-Abgeordneter Rudolf Wickel addierte die Forderungen auf 12000 neue Stellen und warf die Frage auf, wie diese auf einem leergefegten Arbeitsmarkt besetzt werden sollten. Anschließend setzte der Unterausschuß seine zuvor unterbrochenen Beratungen fort.

Erreger von Schweinekrankheit im Münsterland noch unbekannt

Zu der unbekannteren Schweinekrankheit im Münsterland hat Staatssekretär Dr. Hans-Hermann Bentrup vom Landwirtschaftsministerium in einer Aktuellen Viertelstunde des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter der Leitung seines Vorsitzenden Heinrich Kruse (CDU) Stellung genommen.

Der Staatssekretär wies darauf hin, Anfang Januar 1991 sei in seinem Ministerium vom Regierungspräsidenten Münster bekanntgegeben worden, daß in den Kreisen Borken, Coesfeld und Steinfurt in Schweinezuchtbeständen eine verlustreiche Krankheit bei hochtragenden Sauen und Ferkeln aufträte. In den Beständen erkrankten etwa 30 Prozent der Zuchtsauen. Die tragenden Tiere setzten um den 110. Tag tote und lebensschwache Ferkel ab. Die Ferkel-Verlustrate liege bei fast 100 Prozent. Bei den Zuchttieren träten Verluste bis zu drei Prozent auf. Therapieversuche seien bisher ohne Erfolg gewesen.

Wegen des seuchenhaften Auftretens dieser bisher unbekannteren Tierkrankheit habe der Regierungspräsident Münster auf Anordnung des Ministeriums mit Verordnung vom 8. Januar 1991 die für die Tierseuchenbekämpfung zuständigen Oberstadt- und Oberkreisdirektoren seines Bezirks angewiesen, alle Bestände, in denen der Verdacht dieser unbekannteren Seuche aufgetreten sei oder aufträte, bis zur Abklärung der Diagnose zu sperren, um auf diese Weise durch Unterbindung des Tierverkehrs eine Weiterverbreitung der Krankheit zu verhindern. Es sei veranlaßt worden, daß zur Feststellung des Erregers Proben erkrankter Tiere in der Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere in Tübingen untersucht würden.

Bentrup berichtete ferner, nach Auskunft des Regierungspräsidenten handle es sich vor allem um Bestände in den Kreisen Borken, Coesfeld, Recklinghausen, Steinfurt und Warendorf.

Der SPD-Abgeordnete Karl-Heinz Rusche machte darauf aufmerksam, er habe den Recklinghäuser Tageszeitungen entnommen, daß die unbekanntere Tierkrankheit bisher nicht in Recklinghausen vorgekommen sei. Der Kreisveterinär habe erklärt, daß diese Krankheit bislang in keinem Bestand des Kreises Recklinghausen aufgetreten sei. Es liege aber eine Meldung vor, erwiderte der Staatssekretär. Ohnehin könne man nicht von einer identifizierten Krankheit reden (Stand 10. Januar 1991).

Der CDU-Abgeordnete Eckhard Uhlenberg richtete die Bitte an den Landwirtschaftsminister, nicht nur die Präsidenten der Landwirtschaftskammern und die Landwirtschaftsverbände über die bisher vorliegenden Erkenntnisse zu informieren, sondern möglichst umgehend auch die Ausschußmitglieder, an die Anfragen gestellt würden.

Klausurtagung in Schmallenberg 83 Ortsteile in einer Stadt befrachten die Verwaltung

Aus erster Hand informierte sich der Haushalts- und Finanzausschuß bei seiner Klausurtagung am 17. Januar über die Kommunalfinanzen am Beispiel der Stadt Schmallenberg und des Hochsauerlandkreises. Wegen der Beerdigung des Kölner Abgeordneten Dr. Ottmar Pohl hatte Vorsitzender Leo Dautzenberg (CDU) die für den zweiten Tag angesetzten Beratungen auf den Vorabend verlegt. In einem öffentlichen Teil der Sitzung, bei dem die örtliche Presse anwesend war, verbanden der Bürgermeister und der Oberkreisdirektor ihren ausführlichen Zahlenvortrag mit der Bitte an die Haushaltspolitiker, von Kürzungen und Umschichtungen im kommunalen Finanzverbund 1991 abzusehen (Porträt des Hochsauerlandkreises in der nächsten Ausgabe). Weitere Punkte der Beratung bildeten die Mitwirkung des Landtags an Beschlüssen des Bundesrates, das Beratungsverfahren im Landtag und der Haushaltsentwurf 1991 mit einem ersten Beratungsdurchgang zum Haushaltsgesetz und zu den Einzelplänen 12 und 20 (Finanzministerium und Allgemeine Finanzverwaltung).



Sechs Bundesgolddörfer (auf dem Foto: Milchenbach im benachbarten Lennestadt, Bundesgolddorf 1989) befinden sich auf dem Gebiet von Schmallenberg im Hochsauerland, der größten kreisangehörigen Stadt in Nordrhein-Westfalen.

Bürgermeister Rötger Belke-Grobe konnte trotz der besonderen Belastungen der mit 302 Quadratkilometern größten kreisangehörigen Gemeinde Nordrhein-Westfalens mit solider Finanzplanung aufwarten. Bei deutlich niedrigeren Steuereinnahmen als im Landesdurchschnitt müssen für 24 500 Einwohner in 83 Ortsteilen hohe Ausgaben für Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, Straßenbau, Winterdienst neben der allgemeinen Infrastruktur (Bildung, Soziales, Kultur) abgedeckt werden. Auch das Gebührenaufkommen (fünf Millionen Mark bei einem Haushaltsvolumen von 75 Millionen) ist niedriger als bei vergleichbaren Gemeinden. Um die ständig weiter auseinanderklaffende Lücke zwischen Bedarf und vorhandenen Mitteln zu schließen, würden, so zählte der Bürgermeister auf, öffentliche Aufgaben soweit als möglich privatisiert, die Bürger zu ehrenamtlichen Leistungen herangezogen. Auf ein neues Rathaus sei bisher verzichtet worden, ebenso auf Höchstbeträge bei der Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder. Sparen müsse belohnt und nicht durch den Entzug von Landesmitteln bestraft werden, forderte Belke-Grobe.

Einen erschreckenden Ausgabenanstieg bei fast gleichbleibenden Landeszuweisungen registrierte Oberkreisdirektor Egon Mühr für den Hochsauerlandkreis, den mit einer Fläche von 2 000 Quadratkilometern größten Kreis in NRW. In den letzten fünfzehn Jahren seien die Ausgaben von 68,5 auf 152 Millio-

nen Mark (1990) gestiegen, die Landeszuweisungen hätten 1975 32,1 und 1990 nur noch 31,1 Millionen Mark betragen: eine „Misere der Finanzierung kommunaler Aufgaben.“ Der Kürzungstrend halte an, besonders schmerzhaft bei den Schülerfahrkosten, bei denen 1991 mit einem Minus von 850 000 Mark gerechnet werde. Zwar gebe es bei Gebühren günstige Entwicklungen. Kostendeckend sei die Abfallbeseitigung. Rund 50 Prozent der Ausgaben müßten jedoch aus den Umlagen bestritten werden. Die Kreise würden immer mehr zu Umlageverbänden, trug der OKD vor und verwies auf eine Resolution des Kreistages, die den Landtagsmitgliedern bereits vorgelegt worden war.

In der anschließenden Aussprache unterstrichen CDU-Sprecher Hartmut Schauerte und der örtliche CDU-Abgeordnete Karl Knipschild die auch vom Regierungspräsidenten bestätigte „solide Finanzwirtschaft“ von Schmallenberg. Dennoch würden ländlichen Gemeinden mit unterdurchschnittlichen Einkommen und besonderen Belastungen erneut 1,5 Millionen Mark aus dem Landeshaushalt vorenthalten. Sparsamkeit werde bestraft, die Ballungsräume bevorzugt. Die behaupteten Ungerechtigkeiten bei der Finanzausstattung der Kommunen wollte der inzwischen anwesende Finanzminister Heinz Schleußer jedoch nicht gelten lassen. Das Land habe im letzten Jahrzehnt seine Gemeinden spitzenmäßig ausgestattet und

Fortsetzung Seite 14

Für Maßnahmen der Frauenförderung 17 Millionen im Haushalt 1991

Familienpause: Ein Personalpool soll überbrücken helfen

Im Mittelpunkt der 5. Sitzung des Ausschusses für Frauenpolitik unter der Leitung der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) stand die Einführung in den Haushaltsentwurf 1991 des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann.

Für die Sachaufgaben der Frauenpolitik

- Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen,
- Aktivitäten von Frauen in Schwerpunktbereichen der Frauenpolitik,
- Förderung von Modellmaßnahmen und innovativen Maßnahmen der Gleichstellungspolitik,
- Durchführung von Untersuchungen und Informations- und Aufklärungsmaßnahmen,
- Fortbildungsveranstaltungen zur Verbesserung von Chancen von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen,

sieht der Haushaltsentwurf 1991 Mittel in Höhe von 10,4 Mio. Mark vor. Der Gesamtetat ist mit 17,42 Mio. Mark veranschlagt. In ihrem mündlichen Bericht beschränkte sich die Ministerin auf drei Positionen von besonderer Bedeutung. Im Rahmen der Position „Modellmaßnahmen zur Öffnung neuer Wege für Mädchen und Frauen, zur Wiedereingliederung in den Beruf sowie sonstige Maßnahmen zur Frauenförderung“ sei das Projekt „Personalpool bei den Kammern“ vorgesehen. Der Modellversuch ziele darauf ab, im Rahmen eines Zusammenschlusses und einer Kooperation von Betrieben, möglichst unter der Federführung einer Kammer oder eines Wirtschaftsförderungsamtes, Möglichkeiten zu schaffen, familienbedingte Ausfallzeiten durch qualifizierte Ersatzkräfte besser zu überbrücken und im Rahmen des Verbundmodells Wiedereinstellungsgarantien über den gesetzlichen Elternurlaub hinaus zu geben. Mit diesem Projekt folge sie den Empfehlungen des Landtags, der mit dem Antrag „Frau und Beruf“ das Vorhaben unterstütze.

Einen weiteren Schwerpunkt ihrer Arbeit

sehe sie in der Förderung von Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen. Durch die vorgesehenen Ansatzerhöhungen sei es möglich, fünf weitere Frauenhäuser und erstmals seit 1986 auch weitere fünf Frauenberatungsstellen in die Landesförderung aufzunehmen. Gefördert werden solle zudem ein Beratungszentrum gegen Heiratshandel und Prostitutionstourismus. Bei der Förderung von Frauenhäusern stehe künftig neben der Sicherung eines möglichst flächendeckenden Angebots an Zufluchtsstätten auch die Bevölkerungskonzentration in den Ballungsgebieten und Großstädten als mitentscheidendes Kriterium im Vordergrund.

Mit der Enttabuisierung des Problems der Gewalt gegen Kinder sei deutlich geworden, daß die Hilfsmöglichkeiten im Bereich der Prävention und der Intervention noch nicht angemessen seien. Die Arbeit der vom MAGS in Kooperation mit ihrem Ministerium geplanten Zufluchtsstätten werde aus ihrem Etat wissenschaftlich begleitet.

Als dritten Schwerpunkt hob sie den neu eingerichteten Haushaltstitel „Innovative Maßnahmen zur Gleichstellungspolitik“ hervor. Auf der Grundlage der Erkenntnis, daß alle Maßnahmen für eine gezielte Frauenförderung dort an ihre Grenzen stoßen, wo Männer sich nicht gleichermaßen den Veränderungen der Interessen und Lebensplanungen von Frauen stellen, seien bestimmte Projekte für die Zielgruppe der jungen Männer und Väter vorgesehen. Die Schaffung und Erprobung qualifizierter Teilzeitarbeit und innovative Teilzeitarbeits-Modelle auch für Männer, die Sozialisation von Jungen, die frühzeitige Erziehung zum partnerschaftlichen Verhalten und die Problematik

der Gewalttätigkeiten von Männern gegen Frauen seien nur einige Aspekte der im Bereich der innovativen Maßnahmen zur Gleichstellungspolitik für die Zielgruppe der jungen Männer und Väter geplanten Vorhaben.

Nach Auffassung der Sprecherin der Fraktion der F.D.P., Ruth Witteler-Koch, sei der Ansatz für die eigentlichen Sachaufgaben des Ministeriums im Verhältnis zum Personalhaushalt zu gering. Mit der Schaffung des Ministeriums seien zwar mehr Stellen geschaffen worden, die Leistungen seien jedoch gleichgeblieben. Darüber hinaus kritisierte sie die zahlreichen fachlichen Überschneidungen mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, zum Beispiel den Bereich der Kinderbetreuung und die Förderung von Mädchen- und Frauenhäusern. Auch die Sprecherin der CDU-Fraktion, Regina van Dinther, kritisierte mit Blick auf die frauenpolitisch relevanten Positionen anderer Ressorts, daß das Ministerium trotz Personalzuwachs nur wenig neue Kompetenzen erhalten habe. Brigitte Speth, Sprecherin der Fraktion der SPD, teilte in Ansätzen das Anliegen der Opposition, es müsse aber behutsam und in Kooperation mit den betroffenen Ressorts überlegt werden, welche Positionen von anderen Ressorts zur Übertragung auf das Gleichstellungsministerium geeignet seien. Die SPD-Fraktion vertrete zudem den Standpunkt, daß alle Ressorts gleichermaßen gefordert seien und nicht aus ihrer frauenpolitischen Verantwortung entlassen werden dürften.

In seiner nächsten Sitzung am 1. Februar 1991 wird der Ausschuß die Haushaltsberatungen fortsetzen; die abschließende Beratung ist für den 1. März 1991 vorgesehen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung beschäftigte sich der Ausschuß mit dem F.D.P.-Antrag „Hearing zum Frauenförderungsgesetz“ (Drucksache 11/580). Grundsätzlich sprachen sich alle Fraktionen für die Durchführung einer Anhörung über die praktischen Erfahrungen mit dem Frauenförderungsgesetz aus, die Fraktionen der SPD und CDU hielten jedoch eine Anhörung zum jetzigen Zeitpunkt wegen des noch laufenden verfassungsrechtlichen Prüfungsverfahrens des Bundesverfassungsgerichts und der noch zu geringen praktischen Erfahrungen bei der Anwendung des Frauenförderungsgesetzes für verfrüht. Der Antrag von Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) auf direkte Abstimmung des Antrags wurde entsprechend mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN abgelehnt.

Im Zusammenhang mit der verfassungsrechtlichen Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht sprach sich der Ausschuß im übrigen für Abgabe einer Stellungnahme durch den Landtag Nordrhein-Westfalen aus.

Auf der Tagesordnung stand schließlich die Beratung der Entschließung zum Aktionsprogramm der EG-Kommission zur Anwendung der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer. Der Ausschuß hat entschieden, zu der Entschließung eine Stellungnahme zu erarbeiten und das Thema detaillierter unter der Überschrift „Frauen in Europa“ im Rahmen seiner weiteren Arbeit zu behandeln.

Klausurtagung...

Fortsetzung von Seite 13

sich selbst dabei höher verschuldet. Die Belastungen durch große Fläche komme in der Investitionspauschale noch zum Zuge. Schmallenberg habe im übrigen an freiwilligen Landesleistungen überdurchschnittlich teilgehabt.

Zum Haushaltsgesetz 1991 hatte Vorsitzender Dautzenberg den Ausschußmitgliedern eine Gegenüberstellung zum Text von 1990 vorgelegt. Eine längere Diskussion, zu der auch die Fachleute aus dem Finanzministerium mit Erläuterungen beitrugen, entstand bei einer neuen Bestimmung, wonach Mehrausgaben für Landesbaumaßnahmen unter den Ressorts gegenseitig deckungsfähig sein sollen. Dem Mißtrauen der Opposition, hier könne am Haushaltsplan vorbei gewirtschaftet und das Parlament umgangen werden, wurde von den Beamten und vom Minister widersprochen. Minister Schleußer wies darauf hin, daß das Bauprogramm des Landes ohnehin auf das Nötigste gestreckt worden sei.

Bereits zu Beginn der Klausurtagung kam beim Thema „Einbindung in Bundesratsverfahren“ zum Ausdruck, daß der Haushalts- und Finanzausschuß seine Federführung im

Rahmen der Haushaltsgesetzgebung verdeutlichen will. Ein großer Teil der Bundesgesetzgebung mit erheblicher Auswirkung auf die Länderfinanzen gehe, so wurde kritisiert, am Landtag vorbei. SPD-Sprecher Reinhold Trinius und andere Mitglieder monierten, daß für den „Fonds Deutsche Einheit“ mit Bundes- und Landesmitteln überhaupt keine Parlamentarier in die Verantwortung gezogen worden seien. Die Abgeordneten regten an, den Landtag über Bundesratsbeschlüsse mit Auswirkungen auf den NRW-Landeshaushalt zu unterrichten. Staatssekretär Dr. Haacke sagte im übrigen umfassende Informationen über die Beratungen zum Fonds Deutsche Einheit zu.

Günther Bosse, bisher Vizepräsident, ist zum Präsidenten des Landgerichts in Detmold ernannt worden. Der nordrhein-westfälische Justizminister **Dr. Rolf Krumtsiek** (SPD) überreichte die Ernennungsurkunde. Bosse ist Nachfolger des ausgeschiedenen Präsidenten **Werner Schuldt**. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften trat er 1957 in den Dienst des Landes. 1965 wurde er Landgerichtsrat. Seit 1979 war er Vizepräsident in Detmold.

Der Haushaltsentwurf 1991 für den Einzelplan 08 — Wirtschaft, Mittelstand, Technologie — stand im Mittelpunkt der Beratungen des Wirtschaftsausschusses am 16. Januar. In der von Vorsitzendem Dr. Jürgen Schwericke (CDU) geleiteten Sitzung erläuterte Minister Günther Einert Grundzüge künftiger Wirtschaftsförderung und informierte den Ausschuß über den Stand der Bund-Länder-Verhandlungen mit der EG und die Neuabgrenzung der Fördergebiete in der regionalen Strukturpolitik.

Der Einzelplan 08 mit einem Volumen von 3,5 Milliarden Mark im kommenden Jahr rangiert im Gesamthaushalt (Umfang 72,1 Milliarden) der Höhe nach auf dem sechsten Platz nach Allgemeiner Finanzverwaltung und den Ressorts Kultus, Wissenschaft, Soziales und Innen, wobei zu beachten ist, daß für die Grundlagen wirtschaftspolitischen staatlichen Handelns der Bund zuständig ist. Gegenüber 1990 sind Mehrausgaben in Höhe von 216 Millionen Mark vorgesehen. Mit einer Steigerungsrate von 6,6 Prozent liegt das Wirtschaftsressort knapp unter dem Haushaltsdurchschnitt. Im Einzelplan 08 entfällt der höchste Ausgabenblock (1,4 Milliarden Mark) auf die Förderung des Bergbaus und der Energiewirtschaft. Allein rund eine Milliarde Mark muß dabei für Kokscohlenbeihilfen aufgewendet werden. Mit knapp 1,1 Milliarde ist die Wirtschaftsförderung ausgewiesen. Technolo-

Wirtschaftsförderung im Umbruch

Binnenmarkt und neue Länder: Konkurrenz um Fördermittel

gieförderung und rationelle Energieverwendung sowie Strukturhilfen sind weitere Schwerpunkte im Wirtschaftsressort. Mehrbedarf gibt es bei den EG-Programmen RESIDER, Ziel 2 und RECHAR (Umstellung von Kohlerevierern), beim Revierausgleich, bei Technologieprogrammen, regionaler Strukturförderung und für die Düsseldorfer Messengesellschaft. Bei kleineren neuen Titeln sind Mittel für Beratungsbüros in Schwerin und Cottbus, für eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft Brandenburg und für eine Entwicklungsgesellschaft Leipzig enthalten.

Trotz außerordentlich dynamischer Wirtschaftsdaten, faßte Minister Einert zusammen, sei Euphorie nicht angezeigt. Angesichts dramatischer Rückwärtsbewegungen im Ostblock und labiler Entwicklungen in großen Branchen richte sich auch die Wirtschaft auf Schlechtwetterzonen ein. Durch Bonner Steuerbeschlüsse könne der Landeshaushalt zu Makulatur werden. In den Oppositionsfractionen löste die skeptische Beurteilung der Wirtschaftslage Verwunderung aus. F.D.P.-Sprecher Hagen

Tschoeltsch fragte nach der Vorsorge für mögliche Einbußen in bisher geförderten Wirtschaftsbereichen. Laurenz Meyer (CDU) vermißte die Einbindung des bevorstehenden EG-Binnenmarkts in die Ressortmaßnahmen und nannte das Gejammer über die Leistungen für die Einheit angesichts der Zuwächse aus dem innerdeutschen Handel schlimm und peinlich. Für Dr. Manfred Busch (DIE GRÜNEN) fehlten ökologische Akzente, zum Beispiel Anreize zur Energieeinsparung. Ergebnisse der Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Wirksamkeit von Landesförderungsprogrammen sagte der Minister bis Ostern zu. In zwei weiteren Sitzungen will sich der Wirtschaftsausschuß mit den Haushaltsansätzen des Einzelplans 08 befassen. Bei der bevorstehenden Neuabgrenzung der Fördergebiete in der Gemeinschaftsaufgabe regionale Strukturförderung setzte sich Ernst-Otto-Stüber (SPD) im Ausschuß und in einem Brief an den Bundesarbeitsminister dafür ein, im Bund-Länder-Planungsausschuß die Kriterien Arbeitslosigkeit und Bruttowertschöpfung in den Vordergrund zu stellen.

Friedhofs-Anlieger fürchtete um Grundwasser durch Grabstätten

Die Beschwerde eines Friedhof-Anliegers, durch das Grundwasser gelangten Zersetzungsprodukte aus verwesenen Leichen vom Friedhof auf sein Grundstück, konnte nach eingehenden Analysen vom Petitionsausschuß als gegenstandslos angesehen werden: Von dem Wasser, das der Beschaffenheit von Badewasser gleiche, so teilte er dem Petenten mit, gehe keine unmittelbare Gesundheitsgefahr aus.

das tiefergelegene Haus und Hofgrundstück wirksam zu verhindern. Nachdem der Petent sich mit diesem Ergebnis nicht einverstanden zeigte, wurde das Staatliche Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft mit einer Analyse des im Keller des Petenten zu Tage tretenden Wassers beauftragt. Das untersuchte Wasser wies eine Reihe von Belastungen auf, die aber nicht eindeutig auf den

Friedhofsbetrieb zurückgeführt werden können. Eine hygienisch bedenkliche Verunreinigung ließ sich aus den vorliegenden Untersuchungen nicht herleiten. Zusätzlich wurde später auch das hygienisch bakteriologische Landesuntersuchungsamt mit der chemischen Wasseranalyse beauftragt. Auch diese Untersuchungsergebnisse zeigten keine direkte Gesundheitsgefährdung.

Der Petent bewohnt ein aus dem vergangenen Jahrhundert stammendes Haus an einem Hanggrundstück. An den rückwärtigen Teil des Grundstückes schließt sich die in den Jahren 1894/95 genehmigte Erweiterung des Friedhofs einer Kirchengemeinde an. Der Petent äußert in wiederholten Eingaben seine Befürchtung, mit dem Grundwasser, das vom Friedhofsgelände aufgrund der örtlichen geographischen Gegebenheiten auf sein Grundstück fließe, würden die bei der Verwesung der Leichen entstehenden Zersetzungsprodukte auf sein Grundstück gelangen und durch die Kellerwand in sein Haus gelangen. Hierin sieht der Petent eine ständige Bedrohung seiner Gesundheit und seines Lebens und verlangt die Schließung der entsprechenden Friedhofsflächen, die in diesen Bereichen beerdigten Leichen zu entfernen und den Widerruf der Betriebsgenehmigung für das erweiterte Friedhofsgrundstück.

Aufgrund seiner ersten Eingabe hatte die Kirchengemeinde auf dem Friedhofsgelände eine Abflußrinne erstellen lassen, um ein mögliches Eindringen von Wässern in



Neuheiten auf der „boot '91“, einer der erfolgreichsten Veranstaltungen der Düsseldorfer Messengesellschaft, an der das Land zu 20 Prozent beteiligt ist; nach dem Haushaltsentwurf soll das restliche Gesellschaftsdarlehen (für Erweiterungen und Modernisierungen) in Eigenkapital umgewandelt werden. Foto: Messe Düsseldorf

Ein Antrag auf Aufschiebung der Beratung hat im Ausschuß keine Mehrheit gefunden

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat am 16. Januar unter Leitung von Bodo Champignon (SPD), die Beratungen des Gesetzentwurfs der Landesregierung „Zweites Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes – FlüAG – (Drs. 11/676) abgeschlossen.

Der CDU-Sprecher Hermann-Josef Arentz und Heinz Lanfermann (F.D.P.-Sprecher) beantragten zu Beginn der Sitzung eine Vertagung der abschließenden Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung auf den 30. Januar 1991. Sie begründeten dies damit, daß in der öffentlichen Anhörung in wichtigen Fragen von den Sachverständigen kontroverse Stellungnahmen vorgetragen worden seien. Außerdem sei eine der Sache angemessene Auswertung der Anhörung in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit nicht möglich gewesen. Das ganze Verfahren, das die Fraktion der SPD den Oppositionsfraktionen aufzwingt, sei „unerträglich“. Der Sprecher der Grünen erklärte, daß er an einer Vertagung der abschließenden Beratung nicht interessiert sei. Die Haltung der Fraktion der SPD halte er aber für nicht sachgerecht.

Der SPD-Sprecher wies darauf hin, daß seine Fraktion an einer schnellen Verabschiedung des Gesetzentwurfs im Interesse aller Beteiligten sehr interessiert sei. Außerdem habe es in der Anhörung keine überzeugenden Argumente von den Sachverständigen gegen den vorliegenden Gesetzentwurf gegeben.

Der Vertagungsantrag der Fraktionen der CDU und F.D.P. wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN abgelehnt.

In der Beratung bemängelte Heinz Lanfermann die Auswertung der Anhörung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sie sei sehr einseitig, weil sie die Kritikpunkte nur äußerst knapp behandle. Das Problem des „interkommunalen Wanderungsstroms“ der Aussiedler sei völlig ungelöst. Die an dem Gesetzentwurf erhobene Kritik könne auch nicht mit dem Argument entkräften, die Bereinigung der Aussiedlerstatistik um die Umzüge sei keine statistische, sondern eine melderechtliche Frage. Das Problem als solches, nämlich daß es keinen vernünftigen Überblick über die tatsächliche Belastung durch zuziehende und tatsächlich vorhandene Aussiedler gebe, bleibe bestehen. Schließlich bestehe nach wie vor die Schwierigkeit, wie lange jemand als Aussiedler zu zählen sei. In der Anhörung sei deutlich geworden, daß die Integration von Aussiedlern wesentlich einfacher und schneller vonstatten gehe als die von Asylsuchenden oder De-Facto-Flüchtlingen.

Hermann-Josef Arentz äußerte, Professor Weides habe bei der Anhörung auf Nachfrage ausgeführt, daß es die Anwendung des Aussiedlerbegriffs notwendig mache, Aussiedler, die von einer Gemeinde in eine andere verzögen, in der Gemeinde, aus der sie wegzögen, zu streichen. Der Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Wolfgang Bodenbender, habe während der Beratungen erklärt, daß

die Landesregierung nicht in der Lage sei, im Einzelfall anzugeben, wie viele Aussiedler sich in einer Gemeinde aufhielten; vielmehr könne man jeweils nur feststellen, wie viele sozusagen als Erstanmelder in einer Gemeinde aufgetreten seien, weil der Umzug in eine zweite Gemeinde nicht registriert werde. Daraus ergebe sich für ihn, den Sprecher der CDU-Fraktion, daß der Gesetzentwurf von Aussiedlerzahlen in den Gemeinden ausgehe, die der Wirklichkeit nicht entsprächen. Da die festgestellte Zahl der Aussiedler aber der wichtigste Parameter dafür sei, wie viele Asylbewerber einer Gemeinde darüber hinaus zugewiesen würden, sei die Frage nach Rechtssicherheit an diesem Punkte ganz entscheidend.

Der Sprecher der Fraktion DIE GRÜNEN, Daniel Kreutz, bemerkte, mit dem Gesetzentwurf verfolge die Landesregierung nach eigenem Bekunden auch das Ziel, die Akzeptanz des Asylrechts im Grundsatz zu verteidigen. Die politische Diskussion über den Gesetzentwurf, die nach seinem Eindruck auch ein gewisses Feilschen um Mehr- oder Minderbelastung beinhaltet habe, sei geprägt gewesen von Begriffen wie „zumutbare“, „vertretbare“, „unzumutbare“ Belastung, „Härtefallregelung“. Der habe zur Folge, daß der Gesetzentwurf in Hinsicht auf die Akzeptanz des Asylrechts inzwischen als kontraproduktiv bezeichnet werden müsse.

Belastungsgrenze

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Kuschke, legte einige Änderungsanträge zum Gesetzentwurf vor. So solle in Paragraph 3 Absatz 1 dem Minister durch Rechtsverordnung die Möglichkeit eingeräumt werden, die Mehrbelastung von Gemeinden auf einen Höchstwert von bis zu 30 Prozent zu begrenzen, wenn die Verteilung aufgrund von Besonderheiten der Flächennutzung, wegen einer dünnen Besiedelung oder wegen einer unerwartet hohen zusätzlichen Aufnahmepflicht zu unverträglichen Härten führe. Eine besondere Regelung sei schließlich noch für Gemeinden vorzusehen, in deren Bereich eine Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber oder eine zentrale Unterbringungseinrichtung des Landes lägen; die damit verbundenen Belastungen seien bei der Zuweisung zu berücksichtigen. Diese Anträge wurden mit den Stimmen der SPD, gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. sowie bei Stimmenthaltung der Grünen angenommen.

Ferner schlug Kuschke eine Änderung der Regelung vor, die die Erstattung der Sozialhilfe durch das Land betrifft (Paragraph 6 Absatz 4). Damit, so Kuschke, solle festgelegt werden, daß das Land die Anwendungen der Kommunen für das zum Lebensunterhalt Unerläßliche auf jeden Fall zu erstatten habe; inwieweit das Land darüber hinausgehende Sozialleistungen erstatte, solle in einer Rechtsverordnung des Sozialministers geregelt werden. Zur Vereinfachung würden der Erstattung Regelbeispiele zugrunde gelegt. Auch dieser Antrag wurde mit der Mehrheit der SPD-Fraktion angenommen; CDU, F.D.P. und die Fraktion DIE GRÜNEN stimmten dagegen.

Arbeitsgruppe gibt Empfehlungen an Schulausschuß

Mit Beschlüssen zur Verbesserung der Situation schulpflichtiger ausländischer Schüler und Spätaussiedler an Realschulen und Gymnasien schloß die Arbeitsgruppe „Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern“ am 11. Januar die diesjährigen Beratungen zum Haushaltsgesetz 1991 ab.

Wie der Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Jürgen Schaufuß (SPD), feststellte, wird dem Ausschuß für Schule und Weiterbildung wegen des nun auch für Realschulen und Gymnasien in großem Ausmaß zu erwartenden Unterrichtsmehrbedarfs für schulpflichtige ausländische Schüler und Spätaussiedler empfohlen, § 4 Abs. 5 der Verordnung zu § 5 Schulfinanzgesetz um die Schulformen Realschule und Gymnasium zu ergänzen und als zusätzliche Relation jeweils 1:60 auszuweisen. Weiterhin soll sich der Ausschuß für Schule und Weiterbildung dafür einsetzen, daß die zur Abdeckung des Lehrbedarfs bei den Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher erforderlichen Stellen im Haushalt 1991 gesondert ausgewiesen werden. Zuvor gab Staatssekretär Dr. Friedrich Besch vom Kultusministerium eine Übersicht über den Stand in der schulischen Versorgung sowohl der deutschstämmigen Kinder und Jugendlichen aus dem osteuropäischen Raum als auch der zahlreich hier lebenden Schülerinnen und Schüler aus den ehemaligen Anwerbeländern.

Auch im letzten Jahr seien — so Besch — die Zahlen ausländischer und ausgesiedelter Schülerinnen und Schüler wieder erheblich gestiegen. Zum Schuljahresbeginn 1990/91 besuchten insgesamt 311 634 ausländische und 93 595 ausgesiedelte Schüler die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in NRW. Bei den ausländischen Schülern sei die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 9 705 angestiegen, bei den Aussiedlern um 30 876. Nach wie vor besuche der größte Teil der beiden Schülergruppen die Grundschule. Den größten Anteil haben allerdings die Hauptschulen, in denen mehr als ein Drittel der Schülerschaft eine andere Herkunftssprache als Deutsch habe. Auch im vergangenen Jahr seien wieder Tausende von Schülern ohne jede Kenntnisse der deutschen Sprache in die Schulen aufgenommen worden. An der Aufnahme solcher Schüler beteiligen sich inzwischen im zunehmenden Maße auch Realschulen und Gymnasien.

Besch führte weiter aus, daß Unterschiede in den Fremdsprachenfolgen an den Schulen der Herkunftsländer und NRW Aussiedlern und Ausländern die Eingliederung in unser Bildungs- und Ausbildungssystem erschwerten. Eine Veränderung der hiesigen Fremdsprachenregelung seien jedoch enge Grenzen gesetzt, da im Interesse einer bundesweiten Anerkennung erworbener Abschlüsse bestimmte Vorgaben zu beachten seien. Eine Lösung des Problems könne nur darin bestehen, zum einen die Möglichkeiten zu verbessern, eine Feststellungsprüfung zur Anerkennung der Herkunftssprache als erste Fremdsprache abzulegen;

Fortsetzung Seite 21

Tageseinrichtungen für Kinder werden in diesem Jahr verstärkt gefördert

Der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie nahm am 10. Januar unter Leitung des Vorsitzenden Erich Heckelmann (SPD) einen ersten Erfahrungsbericht des Landes-Kinderbeauftragten, Dr. Reinald Eichholz, entgegen und trat mit einem Einführungsbericht des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Hermann Heinemann (SPD) in die Beratungen des Haushalts 1991 ein.

Er verstehe sich selbst als Anwalt für Kinder, so Dr. Eichholz, dessen Aufgabe es sei, zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Kinder beizutragen. Die Aufgaben eines Kinderbeauftragten auf der Landesebene sehe er darin, für dieses Ziel die Rahmenbedingungen zu gestalten und durch eine enge Kooperation mit den entsprechenden Institutionen vor Ort an der Umsetzung der Maßnahmen mitzuwirken. Exemplarisch für die im ersten Tätigkeitsjahr durchgeführten Aktivitäten nannte er die Anregung für die Einrichtung von Sonderdezernaten für Gewalttaten an Kindern, wie kürzlich in Dortmund eingerichtet, die Überlegungen zu ähnlichen Hilfestellungen für „Scheidungskinder“, die Auseinandersetzung mit den Planungsgrößen von Kinderzimmern, der Einsatz einer mobilen Geschwindigkeitsanzeige an besonders gefährdeten Standorten sowie Überlegungen zur Verbesserung des Schülertransports. Den Sprecher der CDU-Fraktion, Antonius Rösenberg, interessierte, ob Erkenntnisse über die Erfahrungen von Kinderbeauftragten vor Ort vorlägen. Im Zusammenhang mit den dargestellten Aktivitäten gab er einige Anregungen: So sollte beispielsweise überlegt werden, im Zusammenhang mit den Problemen der „Scheidungswaisen“ die bisherigen guten Erfahrungen mit der Möglichkeit des beiderseitigen Sorgerechts aufzugreifen. Die Überlegungen zur Verbesserung der Schülertransporte begrüße er, rege aber an, das Problem Streß im Schulalltag insgesamt aufzugreifen. Ob die organisatorische Einbindung in das Ministerium sinnvoll und ein effizientes Arbeiten möglich sei, interessierte Beate Scheffler, Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN, und den stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Andreas Engelhardt (CDU). Nach Auffassung von Eichholz seien sicher verschiedene Einbindungsmöglichkeiten denkbar, er selbst sehe aber für seine Arbeit die Tätigkeit aus der Verwaltung heraus als sehr sinnvoll an. Auf die Frage von Beate Scheffler, ob der Landes-Kinderbeauftragte Hinweise für die Schaffung von entsprechenden Institutionen auf der örtlichen Ebene anbiete, führte Eichholz aus, daß er gezielte Vorgaben für die Berufung von Kinderbeauftragten für nicht geeignet halte, sondern in Gesprächen vor Ort mit den Beteiligten Lösungsmöglichkeiten entwickle. Die Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, Ruth Witteler-Koch, wies allgemein auf die Gefahren einer „Beauftragten-Flut“ hin und kritisierte, daß der Landes-Kinderbeauftragte in der Vergangenheit zu wenig Öffentlichkeitsarbeit geleistet habe und daher nur einen geringen Bekanntheitsgrad vorweisen könne. Für die Fülle der Aufgaben sei



Der Präsident der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften, Professor Dr. med. Hans Schadewaldt (r.), hat der Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe (l.), einen Antrittsbesuch abgestattet. Schadewaldt ist der zweite Präsident der Akademie nach Professor Dr. med. Franz Grosse-Brockhoff, der aus der Landeshauptstadt Düsseldorf kommt. Sein Amt als Präsident hatte er am 1. Januar 1990 für zwei Jahre übernommen. Foto: Schüler

zudem der vorgesehene Haushaltsansatz nicht ausreichend.

Für die SPD-Fraktion räumte ihr Sprecher Heinz Hilgers ein, daß die Arbeit des Kinderbeauftragten sicher noch verbessert werden könne, die positiven Ansätze im ersten Tätigkeitsjahr aber sehr begrüßt würden. Den Vorwurf der mangelnden Öffentlichkeitsarbeit halte er für ungerechtfertigt, da gerade die Öffentlichkeitsarbeit auch von den Abgeordneten geleistet werden müsse. Seine Fraktion halte nach wie vor Kinderbeauftragte auf allen Ebenen für notwendig. Minister Hermann Heinemann (SPD) leitete seine Einführung in den Haushaltsentwurf 1991 mit dem Versprechen ein, auch in diesem Jahr die erfolgreiche Politik der Landesregierung für Kinder, junge Menschen und Familien fortzusetzen. Trotz der angespannten Finanzlage des Landes sei der zu bewirtschaftende Haushaltsansatz im Rahmen der Zuständigkeit des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie gegenüber dem Vorjahr um 103 Millionen Mark oder neun Prozent erhöht worden, wobei die Zweckzuweisungen zur Förderung der Bau- und Einrichtungskosten für Kindertageseinrichtungen in den allgemeinen Steuerverbund übernommen werden sollen. Zu den zentralen Schwerpunkten der nächsten Jahre gehöre die bedarfsgerechte Ausstattung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen im Rahmen der angekündigten Novellierung des Kindergartengesetzes. Vor diesem Hintergrund sei für 1991 für die Förderung von Tageseinrichtungen ein Gesamtbetrag von rund 838 Millionen Mark vorgesehen, allein die Investitionsförderung solle im Vergleich zum Vorjahr um fast 60 Prozent erhöht werden. Zu den weiteren Schwerpunkten in der Familienpolitik gehörten die Beratungshilfen, die Familienbildung, die Erholungsförderung und die Fortbildung aller Kräfte der sozialen Arbeit. Einen weiteren Schwerpunkt stelle die Jugendhilfepolitik mit den erzieherischen Jugendhilfen und den Maßnahmen im Jugendschutz dar. Im Bereich der erzieherischen Jugendhilfe sollten auch in diesem Haushaltsjahr die offenen erzieherischen Hilfen, die sozialpädagogischen Familienhilfen und die „Brücke“-Projekte weiter gefördert werden. Der 41. Landesju-

gendplan als das jugendpolitische Förderprogramm der Landesregierung für die Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit weise im Kernbereich einen annähernd unveränderten Ansatz vor, so daß alle Förderungsmaßnahmen in Höhe der Vorjahresansätze fortgeführt werden könnten. Innerhalb des Landesjugendplans bleibe die Förderung der offenen Jugendarbeit weiterhin Schwerpunkt. Abschließend wies Heinemann darauf hin, daß das Jahr 1991 nach seinen Planungen erhebliche Schritte im Hinblick auf eine Reformierung und Verstärkung der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik der Landesregierung mit sich bringe.

Für die CDU merkte Rösenberg an, daß die angekündigte Fortsetzung wesentlicher Impulse in der Jugend- und Familienpolitik bei kritischer Überprüfung des Haushaltsentwurfs nur bedingt festzustellen sei. Die Übernahme der Förderung von Kindertageseinrichtungen in den Steuerverbund im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes kritisierte er ebenso wie den gleichbleibenden Mittelansatz im Bereich der offenen Jugendarbeit.

Beate Scheffler bemängelte für die Fraktion DIE GRÜNEN, daß bei den Haushaltsansätzen die Tarifierhöhungen unberücksichtigt geblieben seien und wies ferner darauf hin, daß den Kommunen für die nach dem KJHG vorgesehene Jugendhilfeplanung zusätzliche Personalkosten entstünden. Für die F.D.P. sprach sich Ruth Witteler-Koch gegen die Übertragung der Kindertagesstättenförderung in das Gemeindefinanzierungsgesetz aus, da letztendlich durch diese Entscheidung die Gemeinden ausgetrickst würden. Ihrer Auffassung nach enthielte der Haushaltsentwurf zu viele Überschneidungen mit dem Aufgabenbereich der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann; exemplarisch nannte sie die Förderung von Mädchen- und Frauenhäusern. Für die SPD begrüßte Horst Radtke den vorliegenden Haushaltsentwurf. Insbesondere hob er die Anstrengungen im Bereich der Kinderbetreuungseinrichtungen, die Maßnahmenverstärkung im Rahmen der Erziehungshilfen, die Beratungsangebote für sexuell mißhandelte Kinder und die Durchführung von Sportangeboten in Heimen hervor.

Etat des Justizministers im Rechtsausschuß

28 Stellen mehr zur Umsetzung des Drogenprogramms

Der Rechtsausschuß eröffnete am 16. Januar die Beratungen des Haushaltsgesetzes 1991, Einzelplan – Justizministerium, und gab Justizminister Dr. Rolf Krumsiek (SPD) Gelegenheit, die Schwerpunkte des Entwurfes vorzustellen. Der Haushalt soll danach die Rechtsgewährung im Interesse aller effektiver gestalten und den Strafvollzug in personeller und sächlicher Hinsicht auf dem in Nordrhein-Westfalen erreichten hohen Niveau halten und darüber hinaus der Herausforderung durch den Beitritt der fünf neuen Länder, insbesondere des Partnerlandes Brandenburg, gerecht werden.

Die Ausgaben der Justiz, um 5,6 Prozent gegenüber 1990 höher auf 3,1 Milliarden veranschlagt, werden zu mehr als 37 Prozent durch Einnahmen gedeckt. Justizminister Krumsiek räumte ein, daß wegen der vielen „gebundenen Ausnahmen“ kein großer Gestaltungsspielraum mehr vorhanden sei, um Maßnahmen zur Bewältigung der Flut von Asylanten durchzuführen, zum Abbau der Belastung der Finanzgerichtsbarkeit, den Ausbau moderner Informationstechniken bei den Gerichten und Behörden voranzutreiben, die Bekämpfung der Drogenkriminalität und den Abbau der Überbelastung der Justiz zu forcieren.

Hilfe für neue Länder

Der Entwurf sieht 149 neue Stellen vor, darüber hinaus zusätzlich 283 Stellen für personelle Hilfsmaßnahmen zugunsten der Länder auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Von diesen 149 neuen Stellen würden, so der Justizminister, insgesamt 37 Stellen zur

Einrichtung weiterer Kammern bei den Verwaltungsgerichten sowie eines Senats beim Oberverwaltungsgericht genutzt. Während die Finanzgerichtsbarkeit um neun Stellen verstärkt wird, soll zur Umsetzung des von der Landesregierung beschlossenen Drogenprogramms die ordentliche Gerichtsbarkeit 28 Stellen mehr erhalten. Zur Umsetzung der Konzepte für Rauschmittelbekämpfung in den Vollzugseinrichtungen sind 1991 zusätzliche sieben Stellen im Strafvollzug vorgesehen.

Schließlich sollen die ordentlichen Gerichte und Staatsanwaltschaften zum Abbau der allgemeinen Überbelastung um 40 Stellen verstärkt werden. Auch die sächlichen Verwaltungsaufgaben sind um rund drei Prozent höher veranschlagt. Der Bauhaushalt steigt um 8,1 Prozent auf 96,4 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr.

Hiermit sollen alle laufenden Bauprojekte fortgeführt bzw. abgeschlossen und vier weitere Bauvorhaben begonnen werden.

Krumsiek glaubt, daß der Entwurf des Justizhaushaltes 1991 den Notwendigkeiten einer auf Konsolidierung bedachten Finanzpolitik gerecht werde, aber zugleich Voraussetzungen schaffe, den hohen Leistungsstandard aller Gerichte und Justizbehörden zu halten und neue Aufgaben insbesondere in den neuen Ländern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit Erfolg meistern zu können.

Ausschußvorsitzender Friedrich Schreiber (SPD) forderte die Fraktionen auf, sich auf eine intensive Beratung des Justizhaushaltes am 31. Januar vorzubereiten.

Die Fraktionen kamen in einer ausführlichen Diskussion dahin überein, dem Landtag zu empfehlen, bei Plenarsitzungen auch die weltpolitische Lage mit zu berücksichtigen. Sie erbaten hierzu vom Justizminister eine Aufstellung über die derzeit anhängigen Verfahren gegen nordrhein-westfälische Firmen, die entgegen bestehender Exportbeschränkungen Waffen und Kriegsmaterial in die Golfregion geliefert hätten.

Grüner Antrag gescheitert:

Innenausschuß lehnt Reise in den Kosovo ab

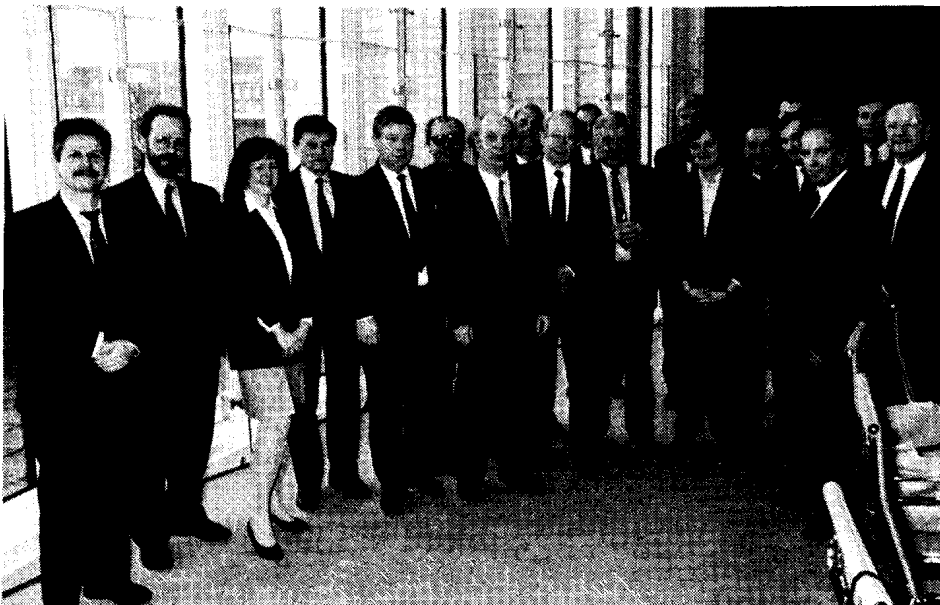
Unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Egbert Reinhard (SPD) befaßte sich der Ausschuß für Innere Verwaltung unter anderem mit einem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, eine Landtagsdelegation in den Kosovo/Jugoslawien zu entsenden. Ziel der Reise sollte die Feststellung tatsächlicher politischer Verfolgung sein. Dr. Michael Vesper wies für seine Fraktion darauf hin, daß eine Rücksendung von Angehörigen der Volksgruppe der Roma nach Jugoslawien – auch über den Umweg über Mazedonien oder Skopje – in den Kosovo Gefahr für Leib und Leben dieser Menschen bedeuten würde.

Die übrigen Fraktionen lehnten den Antrag ab. Stefan Frechen und Edgar Moron, beide SPD, begründeten die ablehnende Haltung ihrer Fraktion damit, daß selbst im Falle der Feststellung der politischen Verfolgung das seit 1. Januar 1991 geänderte Ausländerrecht zu beachten sei. Seitdem wären keine Entscheidungen zugunsten einer Volksgruppe mehr möglich. Nach Prüfung des Einzelfalls wäre der Antrag auf Aufschub der Abschiebung nur ein Mittel zur befristeten Verzögerung. Im übrigen entscheidet nur noch die Bundesbehörde. Sobald das Landesprogramm der neuen Flüchtlingspolitik greife, würden die Roma-Angehörigen nicht abgeschoben, soweit sie freiwillig nach Jugoslawien zurückkehrten. Die Roma hätten zuletzt von sich selbst jedoch nicht mehr gesagt, wegen politischer Verfolgung, sondern aus anderen Gründen hierbleiben zu wollen. Ferner hätte jeder Antragsteller einen Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren, was allerdings einen Antrag auf Anerkennung als politisch Verfolgter voraussetzen würde. Dagmar Larisika-Ulmke lehnte für die F.D.P.-Fraktion die Reise darüber hinaus wegen der entstandenen großen Erwartungshaltung ab.

Auf Antrag von Ausschußmitgliedern berichtete der Innenminister über Ereignisse der letzten Tage, darunter die Fahndungsspanne im Falle der Geschwister Angelika und Barbara Lafos aus Jülich, die infolge einer fehlerhaften Eingabe in einen Fahndungscomputer widerrechtlich mehrere Stunden polizeilich festgehalten wurden, den mißlungenen Anschlag auf die Düsseldorfer Staatskanzlei sowie das Vorgehen der Polizei anläßlich einer Durchsuchungsaktion in einem Bad-Godesberger Hotel, wo es zu Mißhandlungen von Hotelgästen gekommen sein soll.

Über den letzten Fall lagen dem Innenministerium selbst noch keine ausführlichen Angaben vor. Über den versuchten Bombenanschlag soll nach Vorliegen aller Erkenntnisse, im Falle der Geschwister Lafos nach Abschluß des eingeleiteten Ermittlungsverfahrens schriftlich berichtet werden.

Schließlich wurde in einem ersten Durchgang der Einzelplan des Innenministers – Einzelplan 03 – des Haushaltsplans 1991 beraten. Diese Erörterungen sollen in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden. Einige Fragen aus der Mitte des Ausschusses – insbesondere zum Bereich der Polizei – sollen dann beantwortet werden.



Die agrarpolitischen Sprecher der SPD-Fraktionen des Bundes sowie der alten und neuen Bundesländer haben sich in Düsseldorf getroffen. Gastgeber im nordrhein-westfälischen Landtag war der Arbeitskreis Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz der SPD-Fraktion mit seinem Vorsitzenden Johannes Gorlas (SPD, Mitte). Drei Themen standen im Mittelpunkt der Konferenz: Agrarpolitik im vereinten Deutschland, aktuelle Probleme der europäischen Agrarpolitik sowie Problembereich Landwirtschaft und Umwelt. Foto: Schüler

Abgeordneter fragt nach Unterschieden in der Förderung der beiden Kirchen

Kulturetat: Kontinuität im Vordergrund

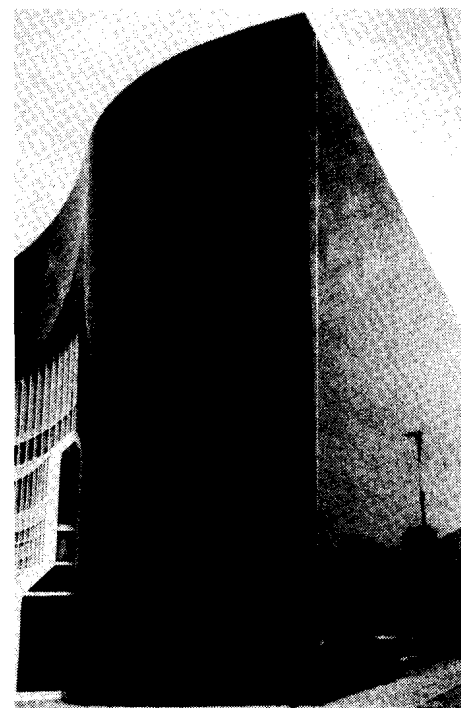
Der Kulturausschuß nahm unter Vorsitz von Hildegard Matthäus (CDU) seine Beratungen zum Haushaltsentwurf für das Jahr 1991 auf. Im Mittelpunkt stand dabei der eigentliche Kulturetat aus dem Haushaltsplan des Kultusministeriums (Einzelplan 05).

In seinem Einführungsbericht gab Kultusminister Hans Schwier (SPD) vor dem Ausschuß einen umfangreichen Überblick über den geplanten Haushalt ab. Bei der Aufstellung des Haushaltsplans habe er sich von Grundüberlegungen leiten lassen, die keinen Anspruch auf mühsam gewollte Neuheiten erheben, sondern in der Kontinuität der bisherigen Kulturpolitik stehen würden. Für die unter dem Grundsatz des Bewahrenswertes zu sehende Förderung der kommunalen Kultureinrichtungen stünden als herausragende Beispiele die Theaterförderung, die Orchesterförderung und die Bibliotheksförderung. Aus diesen Beispielen werde auch deutlich, daß in Nordrhein-Westfalen die Grundlage der Kulturförderung bei den Gemeinden liege. Denn diese Mittel würden den Gemeinden zur Verfügung gestellt, ohne daß das Land Einfluß auf die Inhalte nehme. Für die Rubrik „Öffnung für das Neue und für das Andere“ stünde der sogenannte Feuerwehrfonds und die neue Titelgruppe für Internationalen Kulturaustausch. Dafür stünden aber auch die neuen Haushaltstitel, durch die das Land sich an der Stiftung Lesen und an der Stiftung Schloß Moyland beteiligen wolle.

Der Kulturetat im engeren Sinne (also ohne das den Kirchen und Religionsgemeinschaften zugeordnete Kapitel, für das eine Steigerung um rund vier Millionen Mark vorgesehen ist) wächst nach Darstellung des Ministers um rund 1,94 Millionen Mark, was fünf Prozent entspricht. Hierin eingeschlossen sind die Mittel zur Förderung des in diesem Jahr in Begleitung des 24. Evangelischen Kirchentages vorgesehenen Kulturprogramms im Ruhrgebiet. In der Musikförderung sei eine Erhöhung von insgesamt 640 000 Mark vorgesehen, wovon ein erheblicher Teil für die kommunalen Theater und privaten Orchester verwendet werden soll. 1991 will der Kultusminister seine Arbeit in verstärktem Maße auf die Neuformierung des Landesmusikrats konzentrieren. Erfreulich im Bereich der Bildenden Kunst sei die Absicht, den Ankaufsetat sowohl der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen als auch den für die Gemeinden um jeweils eine Million Mark zu erhöhen.

Im Theaterbereich sei an die Entwicklung des Landeshaushalts der letzten Jahre angeknüpft worden. Herausragend sei allerdings das Landesengagement bei den Ruhrfestspielen in Recklinghausen mit Erhöhung des Zuschusses um 800 000 auf 2,8 Millionen Mark. Er verhehle nicht, so Schwier, daß er auch bei der Förderung der Privattheater gerne einen derartigen Zuwachs gesehen hätte.

In der Aussprache im Ausschuß gelangte der Sprecher der SPD-Fraktion, Dr. Eugen Gerritz, zu dem Ergebnis, daß es eine Reihe positiver Initiativen gäbe und gegeben habe, so etwa hinsichtlich der Recklinghausener Festspiele und der Steigerung der Museumsankaufsmittel. Nicht befriedigend sei hingegen die Förderung der freien Theaterszene einschließlich Tanztheaterszene/Privattheater, die 1991 eigentlich eine Ver-



Eine Erhöhung des Ankaufstitels vorgesehen: Kunstsammlung des Landes NRW. Foto: Kampus

stärkung hätten erfahren sollen. Wolfram Dorn (F.D.P.) regte als Sprecher seiner Fraktion an, hinsichtlich der gravierenden Unterschiede in den staatlichen Zuschüssen an die evangelischen Kirchen und an die katholischen Kirchen eine Neuverteilung dieser Mittel zu überdenken. Auch wenn, wie vom Kultusministerium dargelegt wurde, die unterschiedlichen Leistungen auf historische und vertragsrechtliche Gründe zurückgingen, müsse die Frage in aller Offenheit untereinander diskutiert werden können.

Opposition hält Etatzuwachs für zu gering

Dem außerordentlichen Zuwachs an Studienanfängern — das Wintersemester 1990/91 hat mit 70 150 Studienanfängern an den Hochschulen unseres Landes begonnen, das sind 12,4 Prozent mehr als im Vorjahr — trage der Haushalts-Entwurf des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung für das Jahr 91 mit Gesamtausgaben von fast sieben Milliarden Mark Rechnung. So Ministerin Anke Brunn (SPD) in ihrem Einführungsbericht vor dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung, der unter Leitung des Vorsitzenden Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.) die Haushaltsberatungen für 1991 aufnahm.

Die Ausgaben sollen um rund 571 Millionen Mark gegenüber 1990 wachsen, was einer Steigerungsrate von knapp neun Prozent entspricht. Gegenüber dem Vorjahr sieht der Einzelplanentwurf eine Steigerung der Mittel für das Notzuschlagsprogramm um zehn auf 43,5 Millionen Mark vor. Im Bereich des Einsatzes wissenschaftlicher und studentischer Hilfskräfte soll der Haushalt eine größere Flexibilität eröffnen. Die Ausgaben für die Forschungsförderung sollen von 212 auf 236 Millionen Mark steigen. Bei den Ausgaben für Forschung und Lehre (Titelgruppe 94) ist eine Steigerung um 35 Millionen Mark vorgesehen. Wegen der großen Überlast besonders bei den Fachhochschulen ist in diesem Bereich eine Steigerung um rund 34 Prozent geplant (26,8 gegenüber 19,8 Millionen Mark im Jahre 1990). Für das neue Programm „Qualität der Lehre“ sind erstmals zwölf Millionen Mark veranschlagt.

Hervorzuheben sei, daß für den Fachhochschulbereich ein Ausbau um zunächst 3 000 räumliche Studienplätze habe erreicht werden können. Ein Ausbau um weitere 3 000 Plätze sei für 1992 geplant. Dem Studentenwohnungsbaue sei mit einer Ansatzsteigerung um 63 Prozent eine besondere Priorität eingeräumt.

In der Aussprache zeigte sich der Sprecher der SPD-Fraktion, Rudolf Apostel, zufrieden darüber, daß es der Landesregierung gelungen sei, einen Haushaltsentwurf mit solchen Steigerungsraten vorzulegen. Daß die Schwierigkeiten an den Hochschulen zunehmen, sei dagegen nicht zu verkennen. Vor dem Ruf nach weiteren Geldern sei auch die Frage zu prüfen, ob unter dem Grundsatz der Sparsamkeit mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht noch Verbesserungen in bestimmten Bereichen erzielt werden können. Für die CDU entgegnete deren

Sprecher, Prof. Dr. Horst Posdorf, es seien zwar erstaunliche Zuwachsraten festzustellen. Diese habe es in den letzten Jahren aber leider nicht gegeben, sonst hätte man heute eine bessere Situation. Es seien noch eine ganze Reihe von Defiziten aufzuzeigen, denen durch den Haushalt nicht begegnet werde. Zu einer euphorischen Betrachtung sehe er keinen Anlaß.

Schultz-Tornau erklärte für die F.D.P., daß die an sich erfreulichen Steigerungen zu relativieren seien, weil man über Jahre hinweg habe feststellen müssen, daß die Finanzausstattung der Hochschulen den Anforderungen hinterherhinkte. Als Wissenschaftspolitiker täten alle Ausschußmitglieder gut daran, sich dafür einzusetzen, die Prioritäten des Gesamtetats zugunsten des Wissenschaftshaushalts zu verändern und dafür in Teilbereichen anderer Ressorts Kürzungen vorzunehmen. Dr. Michael Vesper (DIE GRÜNEN) stimmte als Sprecher seiner Fraktion dem Vorredner darin zu, daß der Wissenschaftsbereich zu den Kernaufgaben der Landespolitik gehöre. Auch er begrüße die Zuwachsraten, die allerdings auf einem zu niedrigen Niveau aufbauten. Er kündigte ebenfalls an, Erhöhungen im Wissenschaftshaushalt gegen entsprechende Einsparungen in anderen Einzelplänen zu beantragen.



Dr. Worms im Landtag verabschiedet: v.l. SPD-Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann, CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen, Dr. Bernhard Worms, Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe, der Parlamentarische Geschäftsführer der GRÜNEN, Dr. Michael Vesper, und F.D.P.-Fraktionsvorsitzender Dr. Achim Rohde.
Foto: Schüler

Landtagspräsidentin verabschiedet Dr. Bernhard Worms

Lebensprinzip: Hoffnung in Herzen der Menschen tragen

Landtagspräsidentin Ingeborg Friebe hat die parlamentarische Arbeit von Dr. Bernhard Worms gewürdigt und ihm zur Erinnerung an 20jährige Mitgliedschaft im nordrhein-westfälischen Landesparlament einen Stich des Ständehauses, des ehemaligen Landtagsgebäudes, überreicht.

Bernhard Worms hatte am Dienstag, 15. Januar 1991, die offizielle Protokollerklärung abgegeben, daß er sein Landtagsmandat niederlegt und nur noch sein Bundestagsmandat wahrnehmen will.

Auf einem Empfang zur Verabschiedung des langjährigen Kollegen hob die Landtagspräsidentin im Beisein von Ministerpräsident Johannes Rau, zahlreicher Abgeordnetenkolleginnen und -kollegen sowie mehrerer Kabinettsmitglieder das große Engagement von Bernhard Worms in verschiedenen Ausschüssen des Landtags, in parlamentarischen Leitungsgremien und als Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen hervor. Besonders profiliert habe sich Bernhard Worms schon Anfang und Mitte der 70er Jahre als Experte der Verwaltungs- und Gebietsreform.

„Saubere bleiben, fighten, hart rangehen, ohne den Gegner in die Beine zu treten.“

Die Landtagspräsidentin dankte Bernhard Worms nicht nur im Namen des Landesparlaments, sondern auch persönlich für die freundschaftlichen Begegnungen und sachlichen Auseinandersetzungen sowie für gute und kollegiale Zusammenarbeit.

Für die Zukunft wünschte Ingeborg Friebe Bernhard Worms alles Gute und zeigte sich davon überzeugt, daß er sich auch von der Bundesebene aus für das Land Nordrhein-Westfalen einsetzen werde.

Dr. Bernhard Worms war Mitglied des Landtags seit dem 26. Juli 1970. Der CDU gehört er seit 1946 an. In vier Wahlperioden arbeitete er in zahlreichen Ausschüssen als ordentliches Mitglied mit, so im Hauptausschuß, im Ausschuß für Landesplanung, im Ausschuß für Verwaltungsreform, im Kommunalausschuß, im Innenausschuß usw. Darüber hinaus gehörte er u. a. dem Ältestenrat und dem Ständigen Ausschuß gemäß Artikel 40 Landesverfassung an. Vom 24. Mai 1983 bis zum 15. Mai 1990 war er CDU-Fraktionsvorsitzender, ebenfalls ab 1983 bis 1987 einer der Stellvertreter des CDU-Bundesvorsitzenden Dr. Helmut Kohl. Der beurlaubte Abteilungspräsident der Deutschen Bundespost, in Stommeln im Erftkreis beheimatet, ist verheiratet und hat drei Kinder.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Helmut Linssen, hatte in einer Feierstunde der Union dem scheidenden Bernhard Worms bescheinigt, er habe in allen Situationen seines Lebens menschliche Integrität und das an den Tag gelegt, was man zu Recht als menschliche Größe bezeichne. Als persönliche, herausragende Eigenschaften nannte Linssen Worms Fürsorge, seine menschliche Wärme und seine Hilfsbereitschaft.

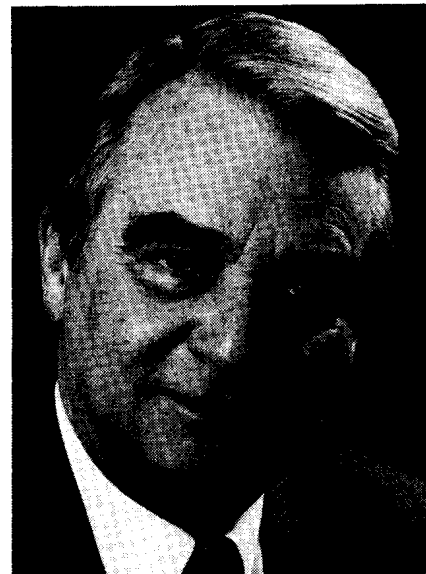
Politik und Fußball

Ob Ärger oder Freude, ob Enttäuschungen oder Erfolge, prägend für die zwei Jahrzehnte parlamentarischer Tätigkeit von Bernhard Worms sei sein Lebensprinzip gewesen: „Tragen wir die Hoffnung in die Herzen der Menschen und tun wir unser Bestes, um die in uns gesetzte Hoffnung nicht zu enttäuschen.“ Auf „Kölsch“ ausgedrückt laute die Devise: „Dun wat de kanns, dun et nit halv, dun et janz.“ Sie glaube, alle könnten bestätigen, daß der Politiker Bernhard Worms diesen Grundsatz immer beherzigt habe, auch wenn er nicht alle selbst gesteckten Ziele habe erreichen können, so 1985 zum Beispiel nicht das Amt des Ministerpräsidenten.

Als Fußballfan und Verwaltungsratsmitglied des 1. FC Köln habe er ein weiteres Motto beherzigt, das auch für die Politik gelte:

Kultusminister Hans Schwier wird 65 Jahre

Der nordrhein-westfälische Kultusminister Hans Schwier (SPD) begeht am 21. Februar seinen 65. Geburtstag. Schwier wurde 1926 in Lerbeck im Kreis Minden geboren. Nach dem Besuch der Volks- und Realschule machte er 1943 Kriegsabitur und 1946 das eigentliche Abitur. Von 1948 bis 1950 besuchte er die Pädagogische Akademie und legte 1950 die erste und 1954 die zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Volksschulen ab. Von 1950 bis 1956 war Schwier als Volksschullehrer tätig. Dann folgten bis 1969 Jahre der Arbeit als Rektor einer Volks- bzw. Hauptschule. 1969/70 wurde Hans Schwier Schulrat für den Kreis Bielefeld. Doch im gleichen Jahr trat er bereits in den einstweiligen Ruhestand gemäß Landesrechtstellungsgesetz ein, denn der Pädagoge wurde in den Landtag gewählt. Von 1975 bis 1980 war er stellvertretender Fraktionsvorsitzender.



Hans Schwier (SPD)

1980 erfolgte die Berufung zum Minister für Wissenschaft und Forschung, und 1983 ernannte Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) das Kabinettsmitglied als Nachfolger von Jürgen Girgensohn (SPD) zum Kultusminister des Landes. Hans Schwier, der seit 1952 der SPD angehört, war in den 60er Jahren Mitglied im Rat der Stadt Oer-Erkenschwick, danach Mitglied und Fraktionsvorsitzender der SPD im Kreistag Halle/Westfalen, in den 70er Jahren Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Gütersloh sowie bis 1989 Beisitzer im Landesvorstand Nordrhein-Westfalen. Der Abgeordnete des Wahlkreises 104 (Gütersloh III), der bereits 1950 der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beitrug, ist verheiratet und hat drei Kinder. Privat schätzt der Kultusminister des Landes die Lektüre von Werken Kurt Tucholskys.

Dr. Ottmar Pohl †

Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe, hat der Betroffenheit des Landesparlaments über den Tod des CDU-Abgeordneten Dr. Ottmar Pohl Ausdruck gegeben.

Nachruf

Mit großer Trauer und tiefem Schmerz erfüllt die Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalen die Nachricht vom Tode Dr. Ottmar Pohls, der nach langer, schwerer, mit großer Tapferkeit ertragener Krankheit am 11. Januar 1991 verstorben ist. Der langjährige Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion gehörte dem Landesparlament über 20 Jahre seit 1970 an und war bereits vor seinem Mandat als wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU-Landtagsfraktion und erster Berater des damaligen Oppositionsführers und späteren Landtagspräsidenten, Dr. Wilhelm Lenz, im Landtag tätig. Als Parlamentarischer Geschäftsführer sei-



Dr. Ottmar Pohl

ner Fraktion von 1971 bis 1980. als stellvertretender Fraktionsvorsitzender seit 1975 und als Mitglied des Ältestenrats sowie des Hauptausschusses hat er nicht nur Spuren hinterlassen, sondern seine Furchen gezogen. Im Team mit Heinrich Köppler, dem Oppositionsführer von 1970 bis 1980, hat er Stil und Inhalte des nordrhein-westfälischen Parlamentarismus wesentlich mitgeprägt. Er gehörte zu den herausragenden Medienpolitikern seiner Fraktion.

Ihm waren die Fragen der Gestaltung des Parlamentsablaufs in Fleisch und Blut übergegangen, was ihm die besondere Anerkennung aller Seiten des Landesparlaments einbrachte. Als Abgeordneter besaß er Autorität weit über die Grenzen seiner Fraktion hinaus.

Sein Einsatz für die parlamentarische Demokratie war ein Beispiel für viele, sein Fleiß und Engagement ein Vorbild für alle. Mit Dr. Ottmar Pohl verliert das Landesparlament eines seiner profiliertesten Mitglieder.

Unser Mitgefühl gehört seiner Frau und seinen Kindern. Wir werden Dr. Ottmar Pohl ein ehrendes Gedenken bewahren.

Literatur

Schulordnung

In der Reihe „Praxishilfen Schule“ des Hermann-Luchterhand-Verlages ist in zweiter Auflage die „Allgemeine Schulordnung in Nordrhein-Westfalen“ (AScho) erschienen. Sie enthält die wesentlichen Regelungen für den Schulalltag und zugleich die rechtlich relevanten Aspekte schulischen Lebens. Der AScho-Band ist mit Kommentar verbunden, der die pädagogischen und rechtlichen Zusammenhänge erläutert und dazu beitragen soll, Praxishilfen für die jeweiligen Handlungssituationen zu vermitteln. Die „Allgemeine Schulordnung“ bildet den

schulrechtlichen Handlungsrahmen für die Erfüllung der schulischen Unterrichts- und Erziehungsarbeit. Die Voraussetzungen sind dafür in der AScho in Form einer Rechtsverordnung festgelegt. Sie gilt einheitlich für alle Schulstufen und Schulformen und besitzt für alle Beteiligten unmittelbare Verbindlichkeit.

Die Autoren haben die „Allgemeine Schulordnung — Kommentar“ in elf Abschnitte gegliedert. Die Abschnitte beginnen bei „Allgemeinen Bestimmungen“ und setzen sich über „Beginn und Beendigung des Schulverhältnisses“, „Teilnahme am Unterricht und sonstigen Veranstaltungen“, „Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen“, „Leistungsbewertung, Versetzung“, „Übergänge und Abschlüsse“, „Meinungsfreiheit, Schülerzeitungen“, „Schule und Erziehungsberechtigte“, „Schulgesundheitswe-

sen, Unfallverhütung“, „Hausrecht, Haftung, Rechtsbehelfe“ bis zu den „Schlußbestimmungen“ fort.

Als Autoren zeichnen wie auch bei der ersten Auflage, die wegen des großen Interesses bald vergriffen war, Harald Gampe, Schulamtsdirektor in Meschede, Dr. Rudolf Knapp, Professor an der Katholischen Fachhochschule in Köln, und Gerald Rieger, Kreisamtsrat in Meschede, verantwortlich. Neu eingetreten in das Autorenteam ist Professor Dr. Dieter Margies, Leiter der Abteilung Bildungsrecht und Bildungsorganisation am Erziehungswissenschaftlichen Institut an der Heinrich-Heine-Universität zu Düsseldorf.

(Allgemeine Schulordnung für Nordrhein-Westfalen — Kommentar, 2. Auflage 1990, 344 Seiten, kartoniert, 29,80 Mark).

Arbeitsgruppe...

Fortsetzung von Seite 16

zum anderen seien Angebote auszubauen, vorhandene Defizite in bezug auf die zweite Fremdsprache aufzuarbeiten. „Fördermaßnahmen können jedoch nur dann sichergestellt werden, wenn auch im Gymnasium und in der Realschule Zusatzstellen im ausreichenden Maße zur Verfügung stehen“, betonte der Staatssekretär.

Eine solide Unterrichtung ausländischer Schüler und Aussiedlerkinder könne aber nur mit einer entsprechenden Lehrerfortbildung einhergehen. Für Lehrkräfte, die beide Schülergruppen unterrichten, würden seit 1981 landesweite Fortbildungsmaßnahmen angeboten. Entsprechende Angebote für Lehrkräfte, die Aussiedlerkinder betreuen, gebe es seit dem Schuljahr 1989/90. Im laufenden Schuljahr arbeiten im Ausländerbereich 32 und im Aussiedlerbereich 27 Fortbildungsgruppen. Für das nächste Schulhalbjahr seien Fortbildungsangebote im gleichen Umfang vorgesehen. Heinz Hilgers (SPD) wies darauf hin, daß sich aufgrund der besonderen Entwicklung in verschiedenen Städten und Stadtteilen auch an Realschulen und Gymnasien unterschiedliche Ausländeranteile gebildet hätten, die eine

Zuschlagsrelation rechtfertigten. Brigitte Schumann (DIE GRÜNEN) ergänzte, daß sich Umfang und Art des Bedarfs in Relation zu den tatsächlichen Begebenheiten bewegen müßten. Andreas Reichel (F.D.P.) betonte, er könne sich prinzipiell dieser Auffassung anschließen; es komme aber jetzt darauf an, durch einen einheitlichen Zuschlag eine Lösung herbeizuführen. Beatrix Philipp (CDU) machte darauf aufmerksam, daß Aussiedlerkinder jetzt vor den gleichen Sprachproblemen stehen würden, wie sie sich seinerzeit bei den Ausländerkindern darstellten. Was die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher anbetraf, stellte ein Vertreter des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales Eckdaten zur Entwicklung vor. Was 1980 mit Modellversuchen begonnen habe, sei inzwischen ein fester Bestandteil des Gesamtkonzepts zur Förderung ausländischer und ausgesiedelter Jugendlicher geworden. Die Finanzplanung für 1991 sehe weitere Mittel für Personal- und Sachfonds vor. Für einen weiteren Standort habe sich der Märkische Kreis beworben. Aus Mülheim sei ein Antrag zu erwarten. Staatssekretär Besch begrüßte die Fördermöglichkeiten des Nachbarressorts. Gleich-

zeitig bedauerte er, daß das Kultusministerium seinerseits nicht mithalten könne. Zusätzliche Lehrerstellen gingen leider zu Lasten des allgemeinen schulischen Stellenplans.

Mit einem eigenständigen Etattitel könne jedoch Abhilfe geschaffen werden, betonte Vorsitzender Jürgen Schauß (SPD). Dieser Auffassung schloß sich die Arbeitsgruppe „Förderung von ausländischen Jugendlichen und Aussiedlerkindern“ an und faßte die entsprechende Empfehlung an den Ausschuß für Schule und Weiterbildung.

Wolfram Dorn, F.D.P.-Landtagsabgeordneter, ist am 25. Januar vor vierzig Jahren zum ersten Mal in ein Parlament gewählt worden: in das Stadtparlament von Werdohl im Sauerland, dem er mehr als 14 Jahre angehörte. 1953 wurde er zum Bürgermeister gewählt. Dorn war damals der jüngste Bürgermeister einer Stadt in der Bundesrepublik. 1954 wurde der Schriftsteller Dorn erstmalig Landtagsabgeordneter in NRW, 1961 Bundestagsabgeordneter in Bonn. Von 1969 bis 1972 war Dorn Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister. 1975 kehrte er in den Landtag zurück.

SPD-Fraktion

CDU und F.D.P. gegen gerechte Lastenverteilung

In namentlicher Abstimmung haben sich die Abgeordneten von CDU und F.D.P. im nordrhein-westfälischen Landtag gegen eine gerechte Verteilung der Kosten der Einheit ausgesprochen. Sie stimmten gegen einen Antrag der SPD-Fraktion, in dem es u.a. heißt: „Der Landtag von Nordrhein-Westfalen fordert von der Bundesregierung, auf einseitige Belastungen der Arbeitnehmer zu verzichten und die Kosten der Einheit gerecht zu verteilen.“

Nein sagten CDU und F.D.P. auch dazu, daß der Landtag seine Bereitschaft unterstrich, an der Vollendung der Einheit im sozialen

und wirtschaftlichen Bereich mitzuwirken. In ihrem Antrag, der von den Grünen mitgetragen wurde, bezog sich die SPD auf die von den Koalitionsparteien in Bonn geplante Senkung der Rentenversicherungsbeiträge und die kräftige Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Das belaste einseitig die sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten. Selbständige, Freiberufler und Beamte dagegen würden verschont. Mit dem Hinweis darauf, daß die Erhöhung der Lohnnebenkosten wirtschafts- und beschäftigungspolitisch schädlich sei, machte die SPD-Fraktion in ihrem Antrag auch darauf aufmerksam, daß personalintensive Betriebe durch solche Beschlüsse bestraft werden.

★

Die regionale Strukturförderung soll sich auch künftig vor allem auf arbeitsplatzinten-

sive Maßnahmen konzentrieren. In ihrem Antrag „Kontinuität und Konzentration in der Strukturpolitik“ fordert die SPD-Landtagsfraktion dies als Konsequenz aus den knapper werdenden finanziellen Mitteln für die Wirtschaftsförderung. Zuschüsse sollten sich künftig nicht nur an der Investitionssumme orientieren, sondern auch an der Zahl neugeschaffener Arbeitsplätze.

Als Förderschwerpunkte nennt der SPD-Antrag die Qualifizierung von Arbeitnehmern, den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, die Beratung kleiner und mittlerer Betriebe, Beschäftigungsinitiativen und Frauenerwerbstätigkeit. Die notwendige Konzentration der Mittel solle zudem mit einer kritischen Überprüfung des Förderinstrumentariums verbunden werden, teilte Ernst-Otto Stüber, Vorsitzender des SPD-Arbeitskreises Wirtschaft, mit.

CDU-Fraktion

Neues Flüchtlingsaufnahme-gesetz untauglich

Als „Vertuschung und Vernebelung des Versagens der Landesregierung in allen Fragen des Asylrechts“ hat der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hermann-Josef Arentz, das neue Flüchtlingsaufnahme-gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen scharf kritisiert. Arentz: „Dieses Gesetz ist ein völlig untaugliches Mittel, das Asylantenproblem in den Griff zu bekommen. Das Gesetz löst die Probleme nicht, es schafft nur neue Ungerechtigkeiten. Die ländlichen Regionen werden durch die will-

kürliche Anrechnung ihrer Fläche gezwungen, wesentlich mehr Asylbewerber aufzunehmen als bisher. Für die Städte bedeutet das neue Gesetz allenfalls eine kurze Atempause, bis sie wieder neue Asylbewerber aufnehmen müssen.“

Die Lösung des Asylantenproblems, so Arentz weiter, sei nicht durch dieses Gesetz, sondern nur durch die Bekämpfung des ungehemmten Zustroms von Asylbewerbern, die Straffung der quälend langen Verfahren in NRW und eine konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber zu erreichen. „In all diesen Punkten hat die Landesregierung versagt.“

Auch geringfügige Änderungen am Gesetz, die jetzt die SPD als erheblichen Fortschritt darstelle, seien nur oberflächliche Kosmetik. Arentz: „Selbst wenn der Minister bei beson-

ders flächengroßen Gemeinden nach Guts-herrenart eine Obergrenze festlegen kann, wird die Belastung auch in diesen Gemeinden um ein Vielfaches höher sein als zur Zeit.“

Ganz entschieden lehnte Arentz die Gleichsetzung von deutschstämmigen Aussiedlern und Asylbewerbern ab. „Die SPD leugnet damit die erheblichen Belastungsunterschiede, die sich in Gemeinden dadurch ergeben, ob sie Aussiedler oder Asylbewerber aufnehmen. Aussiedler lassen sich wesentlich leichter integrieren als Asylbewerber. Es wird deshalb einen Wettlauf der Gemeinden geben, um durch die Aufnahme von Aussiedlern um die Aufnahme von Asylbewerbern herumzukommen.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

F.D.P.-Fraktion

Empfehlungen der „Mikat-Kommission“

Nach einem gemeinsam von SPD, CDU und F.D.P. getragenen Beschluß des Landtags wurde in der vergangenen Legislaturperiode die „Expertenkommission Montanregionen“ von der Landesregierung einberufen, die im Februar 1989 vielbeachtete Empfehlungen zur Landespolitik ausgesprochen hat.

Die Landesregierung hat eine Reihe dieser Empfehlungen umgesetzt. In den zwei Jahren seit Vorlage des Berichts der „Mikat-

Kommission“ ist der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen ein gutes Stück vorangekommen.

So erfreulich die wirtschaftliche Entwicklung auch ist, so darf dennoch nicht übersehen werden, daß der Strukturwandel noch längst nicht geschafft ist.

Hinzu kommt, daß eine Fülle neuer, zum Teil gravierender Probleme auf Nordrhein-Westfalen zugekommen ist. Das nicht gelöste Problem der Lücken in den Fernstraßenverbindungen des Landes, insbesondere im Ruhrgebiet, wird sich bei der zu erwartenden Verstärkung des Ost-West-Verkehrs noch erheblich verschärfen. Als Folge des zur Finanzierung der deutschen Einheit notwendigen Abbaus staatlicher Subventionen ist nicht auszuschließen, daß der Bergbau

mit geringeren Verstromungsmengen zu rechnen hat. Deshalb fordert die F.D.P.-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, die „Mikat-Kommission“ mit einer ergänzenden Folge-Untersuchung zu folgenden Punkten zu beauftragen:

- 1.) Bewertung der bisher erfolgten Umsetzung ihrer Empfehlungen,
- 2.) Stellungnahme, welche der unerledigten Empfehlungen sich nach ihrer Auffassung durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten beiden Jahre erledigt und welche der Empfehlungen an Bedeutung gewonnen haben,
- 3.) Darstellung, welche neue Folgerungen sich insbesondere aus der deutschen Vereinigung für die Wirtschaftspolitik des Landes ergeben.

DIE GRÜNEN-Fraktion

Anhörung: Biologischer Anbau stößt an Grenzen

Im Zeichen von „Landwirtschaft und Ernährung“ stand die Anhörung, zu der die Grünen am 21. und 22. Januar in den Landtag eingeladen hatten. Mit der Anhörung sollten die verschiedenen Ebenen von Landwirtschafts- und Ernährungspolitik verknüpft und miteinander ins Gespräch gebracht werden.

Von McDonald's bis Bioland, von der Verbraucherzentrale bis zur Westfälisch-Lippe-

schen-Landjugend, von der Landesvereinigung der Milchwirtschaft bis zum BUND, von der Agraropposition bis zum Dachverband Naturkost, von der Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft „Gesundheit & Leben“ bis zur Agrar-Genuß-Marketing erschienen insgesamt 19 Interessengruppen zu der Anhörung. Ausgeschlagen hatte die Einladung dagegen der Bauernverband (WLW) unter Führung seines Präsidenten Heeremann und in dessen Sog auch weitere berufsständische Interessengruppen.

Quintessenz der Anhörung: Die landwirtschaftliche Produktion steht am Scheideweg zur endgültigen Ausrichtung auf den Weltmarkt — und den damit verbundenen Folgen von Intensivproduktion. Überdacht werden

müssen aber auch lange hochgehaltene landwirtschaftspolitische Perspektiven der Grünen. Der biologische Landbau kann sich nur schwer weiter ausbreiten. Selbst Optimisten rechnen kaum mit einem größeren Marktanteil als zehn Prozent. Es fehlt vor allem an Möglichkeiten der Vermarktung und dem nötigen Marketing.

Mitunter haben selbst gutgemeinte, staatliche Förderprogramme für den Bioanbau nachteilige Folgen. Die Grünen werden sich deshalb in Zukunft stärker für verbraucher-nahe und regionalorientierte Vermarktungsstrukturen einsetzen. Dabei soll auch der konventionelle Bereich der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Nahrungsmitteln einbezogen werden.

Abgeordnete der ersten Stunde**Elisabeth Küper mit 90 Jahren gestorben**

Im hohen Alter von 90 Jahren ist die ehemalige CDU-Abgeordnete Elisabeth Küper aus Dülmen gestorben. Am 19. November 1901 in Altenessen geboren, gehörte sie nach dem Krieg dem ersten von den Alliierten ernannten Landtag Nordrhein-Westfalen als Vertreterin der von ihr in Merfeld, Dülmen und Coesfeld mit gegründeten CDU an. Sie wirkte als Parlamentarierin bis zum 19. April 1947 und war Mitglied in dem damals wichtigen Ernährungsausschuß. In der Weimarer Zeit hatte die Gewerkschaftssekretärin im Christlichen Textilarbeiterverband mitgearbeitet, in der Zeit des Nationalsozialismus aber Berufsverbot hinnehmen müssen. Elisabeth Küper wurde am 18. September 1986 besonders geehrt. Mit 64 weiteren verdienten Bürgerinnen und Bürgern des Landes Nordrhein-Westfalen erhielt sie aus den Händen von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) den erstmals verliehenen Landesorden. In der Begründung der Ehrung hieß es unter anderem, Frau Küper habe sich besonders im sozialen Bereich hervorragende Verdienste um den Wiederaufbau des Landes Nordrhein-Westfalen erworben.



Im September 1986 überreichte ein Vertreter der Landesregierung Elisabeth Küper den Landesorden. Frau Küper war auch Trägerin des Bundesverdienstkreuzes.

LANDTAG INTERN

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ingeborg Friebe
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner
(Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304
und 8842545, btx: # 56801*

Ständiger Berater der Herausgeberin für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher
des Landtags

Redaktionsbeirat: Gerhard Wendzinski MdL
(SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer
Geschäftsführer; Hagen Tschoeltsch MdL
(F.D.P.), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Beate Scheffler (DIE GRÜNEN), Abgeordnete;
Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Tho-
mas Kemper (CDU), Pressesprecher; Ulrich Mar-
ten (F.D.P.), Pressesprecher; Roland Grzelski
(DIE GRÜNEN), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche

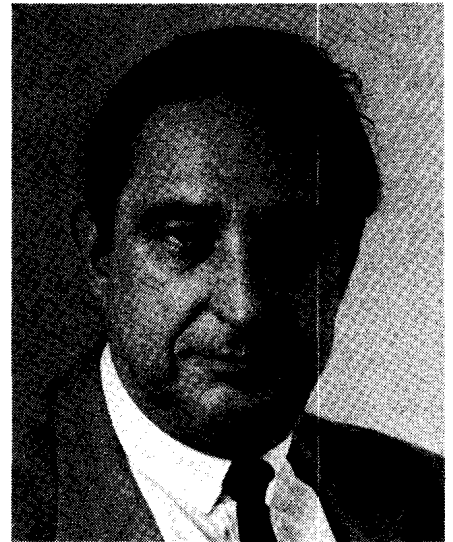
Lange zu fackeln — das ist Jürgen Schwericke Sache nicht. Wenn Dinge, die er für entscheidungsreif hält, noch lange und breit begutachtet, beredet, hinterfragt werden, versteht er die Welt nicht mehr. Seit Mai sitzt der Chefjurist der Bayer AG für die CDU im nordrhein-westfälischen Landtag. Blüm und Worms haben ihm zur Kandidatur geraten, mehr noch: Sie haben die Kandidatur gewünscht. Der 59jährige gebürtige Berliner, der seit 1961 in Leverkusen lebt, ist ein Mann der Wirtschaftspraxis, der im politischen Gespräch sehr zurückhaltend wirkt, wenn nicht über sein Fachgebiet, sondern über allgemeinpolitische Angelegenheiten oder gar über Personalfragen diskutiert wird. Dann blickt er manchmal geradezu hilflos in die Runde, sagt etwas eher Belangloses oder verweist darauf, daß er doch erst seit wenigen Monaten im Landtag sei.

Schwericke ist skeptisch gegenüber den Parlamentskollegen, die zu allem und jedem etwas beizutragen haben. Das geht seiner Ansicht nach zu Lasten der Sachkompetenz. Im Landtag werde zu lange geredet, findet er; es müsse doch möglich sein, zu einem Thema nach der Devise zu reden: Wo liegt das Problem? Welche Lösungsmöglichkeiten bestehen? Für welche davon entscheiden wir uns? Basta, und dann solle gefälligst gehandelt werden. Er ärgert sich über Verzögerungen etwa zum weiteren Braunkohleabbau im rheinischen Revier Garzweiler II, oder über mangelnde Entscheidungsfreude in punkto „Transrapid“. Die Landesregierung wolle bei Garzweiler nur Zeit schinden, er halte den weiteren Braunkohleabbau unter Berücksichtigung von Naturschutzgesichtspunkten für geboten. Und zu „Transrapid“ habe er noch kein grundsätzliches Nein gehört. „Warum“, so scheint er zu fragen, „sagen wir dann nicht einfach Ja?“

„Ich bin für schnelle und robuste Entscheidungen“, ergänzt der Fußball- und Boxsportfreund, der von 1974 bis 1984 Präsident von Bayer 04 Leverkusen war. An den Bundesligaaufstieg von 1979 erinnert sich Schwericke besonders gerne. Bei seinen Fußballern fühle er sich wohler als bei manch feinem Essen, meint er und blickt da etwas mißmutig auf das schaumige Dessert im Erster-Klasse-Restaurant: „Lieber wäre mir statt dessen eine anständige Portion roter Grütze.“

Er sei halt ein Naturbursche. Geradeheraus und ehrlich, auch unkompliziert, so gibt er sich: Politik betrachtet er wie sportlichen Wettkampf. Bis 1969 gehörte er der F.D.P. an. Als die Liberalen den historischen Schwenk zur SPD machten, wandte sich Schwericke ab: Er sei politisch immer gegen die Sozialdemokraten gewesen. 1975 folgte der Eintritt in die CDU, mit der er besonders wegen Kohls Führung sehr zufrieden sei. Er nimmt sich als unabhängiger Mensch natürlich die Freiheit, in manchen Dingen anderer Meinung zu sein als die NRW-Union. Zur CO₂-Abgabe sagt er deutlich Nein, das Regierungssitz-Votum pro Bonn lehnt er ab. Die Historie spreche für Berlin als Sitz von Parlament und Regierung, man werde sich in einigen Jahren „dorthin orientieren“.

Über sich selber gibt Schwericke freimütig



Dr. Jürgen Schwericke (CDU)

weitere Auskünfte: Er repräsentiere nicht den Kultur- und Sozialflügel der CDU, sondern den wirtschaftskonservativen Flügel der Partei. Er sei aus Überzeugung und Freude in der Landespolitik tätig und nicht wegen der Diäten, die es im Landtag gebe. Offen bekennt er seine auch wirtschaftliche Unabhängigkeit. Kapitalist sei er aber nicht, eher ein Kumpel in der CDU. Mit den handfesten Betriebsmeistern bei Bayer kommt er nach eigenem Bekunden oft politisch und menschlich besser klar als mit Theoretikern, die „so furchtbar lange studiert haben“. Von des Gedankens Blässe sieht man bei Schwericke nichts: das politische Leben sollte sich ein bißchen an den Gepflogenheiten beim Fußball orientieren: Schuß und Tor, so muß es sein. Schwericke liebt die schlichten Botschaften. Eine davon lautet: Privatisierung öffentlicher Aufgaben, wo immer möglich. An das Thema „Privatisierung“ will er „rangehen“, über dieses und anderes solle bloß nicht lange „rumgeredet“ werden. Immer wieder kommt diese Botschaft: Probleme erkennen und lösen, nur nichts allgemeinpolitisch oder auch parteipolitisch „zerquatschen“.

Das gilt auch für die Debatte über die Senkung der Unternehmenssteuern. Daß die Koalition damit bis 1995 warten will und daß gar aus der Wirtschaft selbst dafür Verständnis signalisiert wird, versteht er überhaupt nicht. Spätestens zum 1. Januar 1993, wenn der Binnenmarkt komme, müßten die deutschen Firmen aus Gründen der Wettbewerbsgleichheit steuerlich entlastet werden.

Jürgen Schwericke, der so provozierend nüchtern redet, leistet sich eine schwärmerische Erinnerung an journalistische Anfänge in Berlin. Beim Vater der Publizistik, Emil Dovivat, habe er studiert, bis der eigene Vater, ein Militär, den Sohn drängte, doch besser etwas Handfesteres, eben die Juristerei, zu treiben. Gerne denkt er zurück an die Austausch-Studentenzeit in den USA; 1952 durfte er aus unmittelbarer Nähe den schließlich erfolgreichen Wahlkampf von Eisenhower miterleben. Die unideologische, äußerst pragmatische Art der Nordamerikaner, Politik zu machen, hat ihn seither beeindruckt. Schwericke ist verheiratet und Vater einer Tochter. Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 31. Januar bis 26. Februar 1991

31. 1. **Johannes Gorlas** (SPD), 57 J.
 1. 2. **Martin Stevens** (SPD), 62 J.
 3. 2. **Gisela Meyer-Schiffer** (SPD), 33 J.
 4. 2. **Franz-Josef Kniola** (SPD), 48 J.
 4. 2. **Leo Dautzenberg** (CDU), 41 J.
 4. 2. **Heinrich Kruse** (CDU), 45 J.
 5. 2. **Karl Wegener** (CDU), 57 J.
 6. 2. **Siegfried Jankowski** (SPD), 64 J.
 6. 2. **Franz-Josef Balke** (CDU), 52 J.
 8. 2. **Dr. Horst Posdorf** (CDU), 43 J.
 11. 2. **Reinhard Grätz** (SPD), 51 J.
 13. 2. **Günter Harms** (SPD), 44 J.
 15. 2. **Klaus Matthiesen** (SPD), 50 J.
 15. 2. **Laurenz Meyer** (CDU), 43 J.
 16. 2. **Eckhard Uhlenberg** (CDU), 43 J.
 17. 2. **Adolf Retz** (SPD), 49 J.
 20. 2. **Erich Heckelmann** (SPD), 56 J.
 20. 2. **Marianne Hürten** (DIE GRÜNEN), 38 J.
 21. 2. **Hans Schwier** (SPD), 65 J.
 23. 2. **Hans Peter Lindlar** (CDU), 45 J.
 24. 2. **Friedrich Hofmann** (SPD), 56 J.
 25. 2. **Dr. Eugen Gerritz** (SPD), 56 J.
 26. 2. **Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.), 50 J.
 26. 2. **Hans Vorpeil** (SPD), 54 J.

★

Rau: Europäisches Medieninstitut erwägt Standortwechsel von Manchester nach NRW

Die Landesregierung habe im Oktober 1990 der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen (LfR) mitgeteilt, daß das Europäische Medieninstitut einen Standortwechsel von Manchester in England nach Nordrhein-Westfalen erwäge. Auf eine Anregung der Landesregierung hin prüfe die Landesanstalt für Rundfunk zur Zeit, ob sie einen Beitrag dazu leisten könne, daß die Ansiedlung des Europäischen Medieninstituts in NRW möglich werde. Die Entscheidung darüber obliege allein den zuständigen Organen der LfR. Das erklärt Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Ruth Hieronymi (Drs. 11/1014 und 767).

Rau verweist in dieser Antwort darauf, das Europäische Medieninstitut verbinde mit einem Umzug nach NRW die Erwartung, daß es eine institutionelle Förderung aus öffentlichen Mitteln in Höhe von 40 Prozent des Jahresumsatzes erhalte und diese Förderung auf zehn Jahre garantiert werde. Dabei rechne das Institut damit, daß sein Jahresumsatz 1991 rund 2,5 Millionen Mark betragen und bis 1995 auf fünf Millionen Mark ansteigen werde.

Rau berichtet weiter, zur Zeit werde die Ansiedlung des Europäischen Medieninstitutes als „An-Institut“ an einer nordrhein-westfälischen Universität geprüft. Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) habe im November 1990 die Rektoren der Universitäten Düsseldorf und Köln um eine Stellungnahme zur Ansiedlung des Institutes an den beiden Hochschulen gebeten. Beide Universitäten hätten mitgeteilt, daß sie diesem Vorhaben positiv gegenüberstünden.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Biotopmanagement zum Schutz der Aue

In winterlicher Schönheit bietet sich die Urdenbacher Kämpe dem Auge des Betrachters dar, ein Naturschutzgebiet im Düsseldorfer Süden zwischen den Ortsteilen Benrath und Garath, das einen stillgelegten Altrheinarm umschließt. Steigt der Spiegel des Rheins, wird auch diese Auenregion vom Hochwasser überflutet. Wie Schemen tauchen dann die Koptweiden aus dem Wasser. Mancher Spaziergänger wird sich an Goethes Erlkönig aus den Tagen der Schulzeit erinnern. Die Urdenbacher Kämpe ist ein wichtiges Biotop und Heimat für Tierarten, die selten geworden sind. Hier ist noch der Graureiher zu Hause. In einem Biotopmanagementplan will die Landeshauptstadt Düsseldorf durch Erhalt der bestehenden Vegetationsverhältnisse die Urdenbacher Kämpe als Brut- und Nahrungsrevier für die Vogelwelt schützen. Wiederanpflanzung von Hecken sowie die Pflege von Obstwiesen ist nötig, um dem Steinkauz ein Zuhause zu geben. Vom Anpflanzen hochwüchsiger Baumgruppen erhofft man sich eine Stabilisation des Greifvogelbestandes. Die Urdenbacher Kämpe ist Teil der alluvialen Rheinlandschaft und bis heute geprägt von „episodischen Überflutungen des Rheins“, wie die Fachleute sagen. Durch fehlende Eindeichung blieb der Auencharakter dieser im natürlichen Zustand bewaldeten Landschaft erhalten. Seit 1983 ist die Urdenbacher Kämpe als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Um sie als solche bei Zunahme des Freizeitbetriebes zu erhalten, wurde 1987 der Plan eines Biotopmanagements vorgelegt. Die Urdenbacher Kämpe gehört damit zu den 1008 schutzwürdigen Gebieten in Nordrhein-Westfalen mit einer Fläche von insgesamt 64 294 Hektar. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen nach den Angaben von Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) rund drei Prozent der Landesfläche unter Naturschutz stehen.

Foto: Schüler

Scheffler: Wille zur Selbständigkeit ungebrochen

Wattenscheid hat wie auch Kettwig kaum Chancen auf Rückgewinnung. Auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Abgeordneten Beate Scheffler teilt die Landesregierung mit, der Verfassungsgerichtshof habe durch Urteil festgestellt, daß sich die allgemeinen Ziele der kommunalen Neuordnung und die besonderen Ziele des Zusammenschlusses der Städte Bochum und Wattenscheid im

Rahmen des öffentlichen Wohls hielten und die angewandten Neugliederungsprinzipien den angestrebten Zielen entsprächen. Die Abgeordnete Scheffler hatte darauf verwiesen, selbst 15 Jahre nach der Eingemeindung zu Bochum scheine der Wille zur Wiedererlangung der Selbständigkeit Wattenscheids in der Bevölkerung ungebrochen (Drs. 11/947 und 605).